

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

Das Ende des serbischen Zentralismus.

Die Regierung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen lag bis vor kurzer Zeit in den Händen Nikola Pasičs, der, lange vor dem Kriege schon der Ministerpräsident Serbiens, Balkankrieg und Weltkrieg überdauert hatte. Er regierte bis vor zwei Jahren mit einer gesicherten Mehrheit, deren Kern die radikale Partei war. Als aber die Neuwahlen einen Sieg der kroatischen Bauernpartei Stefan Radičs brachten, setzte eine Regierungskrise ein, die sich nach und nach zu einer Staatskrise auswuchs. Solange die Kroaten der Skupshtina fernblieben, konnte sich Pasič mit Hilfe der neun deutschen Abgeordneten halten. Die Krise wurde akut, als Radič sich entschloß, die Abstinenzpolitik aufzugeben. Das Erscheinen der kroatischen Abgeordneten im Parlament und der Austritt der Deutschen aus der Regierung führten zum Sturze Pasičs. Vergeblich klammerte er sich an die Macht. Man versuchte es mit anderen Regierungsbildungen. Sie schlugen alle fehl. Als letzte Konstellation tauchte das Ministerium des Demokraten Davidovič auf. Es stützt sich auf eine Koalition der Demokraten mit den slowenischen Merkantilisten und den bosnischen Mohammedanern.

Die Regierung Davidovič schien zunächst ebenso eine vorübergehende Erscheinung zu sein, wie die Regierung Rinič und die letzten Regierungsversuche Pasičs es waren. Die Gegensätze, die zwischen den nummehrigen Regierungsparteien in S. H. S. bestehen, sind immerhin groß genug, um den Zweifel an die innere Festigkeit dieser Koalition berechtigt erscheinen zu lassen. Sind die bosnischen Mohammedaner vor allem Vertreter eines konservativen Großgrundbesitzes, so sind die slowenischen Merkantilisten Repräsentanten einer kleinbäuerlichen Bevölkerung, deren Interessentkreis noch dazu nach dem Besten hin orientiert ist, sich mit dem der Bosnier daher kaum berührt. Die Demokraten selbst aber haben doch nur eine schwache Oberschicht der Bevölkerung, die städtische Intelligenz hinter sich, die in Serbien immer eigene, den Interessen der großen Masse des Volkes nicht immer entsprechende Wege gegangen ist. Zudem mußte man sich fragen, ob in Serbien eine Regierung, an der das eigentliche altserbische Volk, das den Staat S. H. S. gegründet und bis jetzt erhalten hat, kaum einen Anteil hat, eine Regierung, die sich, wenn auch nicht auf staatsfeindliche Minderheiten, so doch auf eine Bevölkerung stützt, die in den neuerworbenen Gebieten anjässig ist, lebensfähig sein würde. Und schließlich kam für Südslawien die große entscheidende Frage dazu, wie Radič und seine Bauernpartei sich zu der neuen Regierung stellen würden. Die Ereignisse der letzten Tage machen aber durchaus den Eindruck, als ob die Regierung Davidovič durchaus keine Epizode bleiben sollte, sondern zu einer größeren historischen Mission berufen sei. Die Abreise des Königs in seine Sommerresidenz und die Rückkehr Radičs nach Kroatien sind deutliche Anzeichen, daß man mit einem längeren Bestand der jetzigen Regierung rechnet. Damit ist das Ereignis des letzten serbischen Regierungswechsels über die Grenzen jenes Kreises hinausgewachsen, der die engeren Balkaninteressen umschließt und in den Bereich allgemein europäischer Politik gerückt.

Der Sturz Pasičs, der damit dokumentiert wird, wird so zu einem Glied in der Kette jener Ereignisse, die seit dem Ende des vorigen Jahres einander in den einzelnen europäischen Staaten rasch gefolgt sind, und die einen Sieg des demokratischen Gedankens über den der rückwärtslosesten Gewaltpolitik bedeuten. Pasič ist schließlich nur Bojars nachgestürzt. Allerdings waren die Fragen, die zur Regierungskrise in S. H. S. führten, vielfach ganz andere, als die, welche in den Westmächten den Sturz der Nachkriegsregie-

Deutschland gleichberechtigter Verhandlungspartner.

MacDonald übermittelt die Einladung zur Konferenzteilnahme.

London, 2. August. (Eigenbericht.) Genosse MacDonald hat der deutschen Botschaft in London heute nachmittags nach Beendigung der Vollkonferenz die Einladung an die Reichsregierung zur Entsendung von Delegierten übermittelt. In dem Schreiben wird ausdrücklich darauf verwiesen, daß Deutschland mit den Alliierten über die Durchführung des Sachverständigengutachtens verhandeln soll. Schließlich bringt MacDonald im Auftrag der Chefdelegierten den Wunsch zum Ausdruck, daß die deutschen Vertreter so bald als möglich nach London entsendet werden. Die Ankunft der deutschen Delegierten wird für Dienstag in London erwartet.

Die Vollkonferenz wurde gegen halb zwei Uhr mittags beendet. Sie verabschiedete den Bericht der Ersten und Dritten Kommission, verzichtete jedoch darauf, auch die Eisenbahnfrage in den besetzten Gebieten endgültig zu lösen. Dieses Problem soll in einer für Montag vormittag einberufenen Besprechung der Chefdelegierten erneut erörtert werden. Man erwartet, daß diese Erörterung zu einer befriedigenden Lösung auch für Frankreich führen wird.

* * *

Die Marschroute für Marx und Stresemann.

Der Ministerrat beschließt die Richtlinien für London.

Berlin, 2. August. (Eigenbericht.) Die Reichsregierung hielt heute unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten einen Ministerrat ab, in dem die Richtlinien für das Verhalten der deutschen Delegation in London festgelegt wurden. Aus Kreisen, die über die Absichten der Regierung unterrichtet sein wollen, wird gesagt, die deutsche Delegation werde sich streng an das Sachverständigengutachten und an den Versailleser Friedensvertrag halten, also alles ablehnen, was darüber hinausgehend von den Alliierten in London beschlossen worden sei. Insbesondere werde sie auf der sofortigen

Räumung des Ruhrgebietes bestehen und ferner verlangen, daß auch für die Rheinlande wie im Friedensvertrage vorgesehenen Räumungsfrist innegehalten würden. Vor allem dürfe die Räumung der Kölner Zone nicht bis zum Jahre 1926 hinausgeschoben werden. Differenzen zwischen der deutschen und der alliierten Auffassung dürften auch bei der Frage der Sachlieferungen und der Parawerweisungen entstehen. Die deutsche Regierung sei entschlossen, auch bei dieser Frage keinem Abkommen zuzustimmen, das nicht mit dem Wortlaut und dem Sinn des Gutachtens übereinstimme.

Bayern organisiert einen Landsturm gegen das Reich.

Berlin, 2. August. Der „Vorwärts“ berichtet, daß in Bayern eine Organisation „Notbann“ gegründet wurde, in die nur politisch rechtsstehende Verkehrsbeamte aufgenommen werden, die Ausweise erhalten, auf welchen ihnen die Berechtigung zum

Waffentragen und zur Festnahme von Staatsbürgern bescheinigt wird. Diese Ausweise werden vom Oberregierungsrat im Reichsverkehrsministerium, Zweigstelle München, namens Befehl ausgestellt. Der „Notbann“ soll im Falle eines Konfliktes Bayerns mit dem Reich die bayerischen Reichsbeamten, die Mitglieder des Notbannes sind, für Bayern verpflichten.

rungen herbeiführten. Dagegen sind es vielfach die gleichen Fragen, die auch die tschechische Republik einmal zu lösen haben wird. Wie durch die Vereinigung der Sudetenländer mit der Slowakei zwei Gebiete zusammengefügt wurden, die auf verschiedener ökonomischer, sozialer und kultureller Entwicklungsstufe stehen, so wurden umgekehrt im Staate S. H. S. Gebiete weit fortschrittlicheren Charakters der Herrschaft eines Volkes unterstellt, das wirtschaftlich eben jetzt erst aus dem Komplex der Balkanstaaten und kulturell aus dem Kreise russisch-byzantinischer Anschauungen in den der westeuropäischen Zivilisation übertrat. Das mangelnde Verständnis, das der Prager Zentralismus den slowakischen Sonderbestrebungen entgegenbringt, zeigte sich auch in Belgrad für alle Bestrebungen, der dem Einheitsstaat angegliederten Kroaten. Gelang es zunächst, die Opposition der kroatischen Unabhängigkeitspartei dadurch zu lähmen, daß man ihr einfach den Zutritt zum Parlament verleidete, so hat sich nach den Wahlen im Vorjahre und nicht zum geringsten dank der Propaganda des Bauernführers Radič die Lage sehr zu Ungunsten der radikalen altserbischen Partei geändert. Es war, als die Kroaten im Parlament erschienen und die Deutschen aus der Regierungsmehrheit ausgeschieden, nicht mehr möglich, eine Mehrheit für die Regierung Pasič zusammenzubringen. Dem König blieb die Wahl, entweder die Opposition in die Regierung zu rufen, oder Pasič mit diktatorischen Vollmachten auszustatten, das Parlament davonzujagen und so ein Ge-

genständ zu dem Regierungssystem jenseits der Adria zu schaffen. Es schien fast ausgeschlossen, daß der König den ersten, den legalen Weg gehen würde.

Auch die Regierung Davidovič schien, wie erwähnt, nur ein letzter, nicht ernst gemeinter Versuch. Die Wandlung der letzten Tage kam ziemlich überraschend. Sie wird kaum auf Beweggründe zurückzuführen sein, die allein in den serbischen Verhältnissen liegen, sie ist ganz erklärlich nur dann, wenn man sie im Zusammenhang mit den übrigen Vorgängen in Europa betrachtet. Die Aufdeckung der tiefgehenden Korruption im italienischen Faschismus hat nicht gerade dazu beigetragen andere Staaten zur Nachahmung des Beispiels Mussolinis zu ermuntern. Auch ist vor kurzem erst der Versuch eines faschistischen Putsches in Rumänien gescheitert und in Bulgarien scheint man vor ersten Unruhen zu stehen. Die sich anbahnende Regelung der wirtschaftlichen und politischen Streitfragen zwischen Deutschland und Frankreich wie auch zwischen Frankreich und England, das Neueintreten Amerikas in die europäische Politik haben eine Situation geschaffen, die durchaus ungeeignet für Experimente im Sinne faschistischer Neuordnung der staatlichen Verhältnisse ist. Außerdem mag der Faschismus in einem Staate, in dem eine nationale Opposition, die ihrerseits faschistisch organisiert ist, einer an Zahl nicht wesentlich größeren Bevölkerung der herrschenden Nation gegenübersteht, als fragwürdiges Mittel zur Sanierung der inner-

politischen Verhältnisse erscheinen. All das mag den König und seine Ratgeber, die zum größten Teil selbst in den Anhängerkreisen der radikalen Partei zu finden sind, bewogen haben, den legalen Weg dem illegalen vorzuziehen.

Man hat in Belgrad sicher nicht die Hoffnung aufgegeben, im günstigen Augenblick auf die alten Methoden der Regierung Pasič zurückzugreifen. Trotzdem bedeutet die Festigung der Koalition, die dem Ministerium Davidovič eine Parlamentismehrheit bieten soll, einen Bruch mit dem Zentralismus und mit jener Staatsideologie, die lediglich in der Nation, die den Staat gegründet hat, seinen einzigen rechtmäßigen Vertreter und Rugniezer sieht. Die Gedankengänge, von denen sich die Politiker der Pasičpartei leiten lassen, sind im Grunde dieselben, die in der Kramarpartei noch heute herrschen. Dort wie hier glaubte man auf jede Mitarbeit der nationalen Minderheiten verzichten zu können, dort wie hier glaubte man, in der Verfassung, in der Wirtschaftspolitik, im Verwaltungsweisen den Zentralismus gegen alle Anstürme der Opposition halten zu können. Die Ursachen sind in beiden Fällen die gleichen. Vertritt die nationaldemokratische Partei das tschechische Großkapital, so sind die serbischen Radikalen zwar mehr bäuerlich orientiert und zählen die kleinen Besitzer in Mähren zu ihren Anhängern, aber auch sie vertreten in erster Linie das erst im Entstehen begriffene serbische Industrie- und Finanzkapital. Hinter beiden Parteien stehen schließlich auch ausländische Kapitalisten, die wie in beiden Fällen in Frankreich in den Kreisen der Pariser Banquiers und des französischen Süttenkomitees zu finden sind. Die Politik beider Parteien geht in wirtschaftlicher Hinsicht darauf aus, das Kapital in gesamten Staatsgebiet in den Händen der Kapitalisten der herrschenden Nation zu vereinigen. Damit bezwecken sie einmal eine Erleichterung des Konkurrenzkampfes, denn wenn dieser unter der Maske eines nationalen Kampfes geführt wird, so stehen ihm sonst unzugängliche Mittel wie der ganze staatliche Machtapparat zur Verfügung. Dann aber gelingt es auf diese Weise auch, das Proletariat der eigenen Nation vom Klassenkampf abzulenken und seine Stofkraft gegen den internationalen Kapitalismus einzusetzen. Da die Interessen der Proletarier der herrschenden Nation bei diesem System des wirtschaftlichen und nationalen Kampfes tatsächlich lange Zeit mit denen der eigenen Kapitalisten identisch sind, — sofern man von der internationalen Bedeutung des ganzen Prozesses absieht, — so wird eine hemmungslose Ausbeutungspolitik gegen die sich kaum eine Opposition aus den Reihen des eigenen Proletariats erhebt, möglich gemacht. Die ersten Jahre nach dem Umsturz schienen diese Politik aussichtsreich zu machen und Kramar wie auch Pasič konnten noch vor einem Jahre voll Hoffnung in die Zukunft blicken. Die wachsende Erkenntnis von der Unhaltbarkeit der durch den Versailleser Vertrag geschaffenen ökonomischen und politischen Verhältnisse Europas, die sich in den Arbeitermassen des Westens Bahn brach, und die im Siege der englischen Arbeiterpartei und in dem der französischen Sozialisten Gestalt gewann, konnte aber nicht ohne Einfluß auf Mitteleuropa bleiben. Die Umgruppierung, die sich in den wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands und Westeuropas vorbereitet, wird die gesamte Wirtschaftspolitik der Sukzessionsstaaten in ihren Bannkreis ziehen. Damit ändern sich auch naturgemäß die politischen Methoden, die anwendbar sind und so dürfen wir mit einer Rückkehr des kompromißlosen Systems der Nachkriegsjahre in Serbien kaum rechnen. Die Tatsache aber, daß der Zentralismus und radikale Nationalismus in S. H. S. abgewirksam hat, wird vielleicht auf die Entwicklung in anderen Sukzessionsstaaten nicht ohne Einfluß sein. Die Tatsache, daß man in Serbien mit einem System gebrochen hat, das mit dem Wesen des Staates untrennbar verknüpft schien, muß für die gesamte europäische Politik als bedeutungsvolles Signal gewertet werden.

Dem internationalen Bergarbeiterkongress zum Gruß.

Morgen begrüßen die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Tschechoslowakischen Republik den 27. internationalen Bergarbeiterkongress in Prag. Die Bergarbeiter haben neben den Buchdruckern die älteste internationale Berufsvereinigung. Schon während des Jahres 1889 bildeten die englischen Bergarbeiterorganisationen ein Komitee, das mit der Aufgabe betraut wurde, einen internationalen Bergarbeiterkongress in die Wege zu leiten. Das war für das bestellte Komitee keine leichte Sache. In England gab es zwar schon damals eine Bergarbeiterorganisation, deren Tätigkeit bereits ein reichliches Menschenalter währte; dagegen waren in allen anderen Staaten die Bergarbeiterorganisationen erst im Entstehen begriffen. In Oesterreich gab es im Jahre 1889 überhaupt noch keine Bergarbeiterorganisation. In Deutschland, Frankreich, Belgien lagen in dieser Beziehung die Dinge nicht viel besser. Schließlich gelang es W. Croxvord vom Durham Bergarbeiterverband, die erforderlichen Verbindungen zum Zwecke der Einberufung des angestrebten internationalen Bergarbeiterkongresses herzustellen.

Diese Anstrengungen hatten überraschend schnellen Erfolg. Die vorbereitenden Arbeiten gingen rasch vor sich, so daß der erste internationale Bergarbeiterkongress schon am 20. Mai 1890 in Jokimont (Belgien) zusammentreten konnte. Auf diesem Kongress waren vertreten: Belgien, England, Deutschland, Frankreich und Oesterreich. Die Bergarbeiterorganisationen der genannten Staaten bildeten die internationale Bergarbeitervereinigung bis einschließl. 1903. Auf dem 15. Kongress zu Paris 1904 erschienen erstmalig Delegierte der Bergarbeiterorganisation aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der holländische Bergarbeiterverband, der im Jahre 1908 gegründet wurde, ist noch in demselben Jahre dem Internationalen Bergarbeiterverband beigetreten.

Während des Krieges war es den einzelnen Landesorganisationen unmöglich, die Verbindungen mit dem Internationalen Bergarbeitersekretariat in London aufrechtzuerhalten. Noch für den 10. August 1914 hatte der Internationale Sekretär Ashton eine Sitzung der Exekutive in Brüssel einberufen, sie kam aber nicht mehr zustande, da sich inzwischen die Staaten von einander hermetisch abgeschlossen hatten und die Kriegsfurie zu toben begann. So kam es auch, daß die Bergarbeiterinternationalen nicht mehr in die Lage kam, ihre warnende Stimme gegen die Kriegshetze zu erheben.

Nach Beendigung des Krieges der Postverkehr wieder einsetzte, wurden die gewaltsam unterdrückten Beziehungen zwischen dem Internationalen Bergarbeitersekretariat und den verschiedenen Landeszentralen sofort wieder fortgesetzt. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß in der Nachkriegszeit schon im August 1920 der 25. in-

ternationale Bergarbeiterkongress in Genf abgehalten werden konnte. Auf diesem Kongress kamen auch bereits die noch dem Kriege entstandenen staatlichen Veränderungen zum Ausdruck, da mehr Staaten als früher vertreten waren.

Auf Grund der neuen staatlichen Verhältnisse waren in Genf und in Frankfurt a. M. 1922 elf Staaten vertreten. Auf dem Weltparlament der Bergarbeiter in Prag werden die Bergarbeiterorganisationen von 13 Staaten vertreten sein. Das organisierte Großproletariat aus Polen und Spanien hat sich seit dem Frankfurter Kongress der Bergarbeiterinternationalen angeschlossen und wird in Prag vertreten sein. Die rumänischen Bergarbeiter haben ebenfalls ihren Eintritt in die Bergarbeiterinternationalen beantragt. Das Exekutivkomitee hat auch die Aufnahme der rumänischen Bergarbeiterorganisation beschloffen. Ob dieser Verband schon diesmal in der Lage ist, seine Vertreter zum jetzigen Kongress zu schicken, ist augenblicklich noch ungewiß. Nach alten Vorbildern sind auch die rumänischen Behörden bemüht, die dortige junge Bergarbeiterorganisation auszurotten.

Auf dem 27. internationalen Bergarbeiterkongress werden nun über 2 Millionen organisierter Bergarbeiter vertreten sein. Die Durchsicht der Tagesordnung läßt erkennen, daß der Kongress sich mit sehr ernstlichen Bergarbeiterfragen beschäftigen wird. Vor allem wird der Kongress die Bergarbeiter zum entscheidenden Kampf auffordern gegen die immer stärker werdende Reaktion, die die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiter beseitigen möchte. Das gilt ganz besonders von der Arbeitszeit. Der Kongress wird selbstverständlich auch die weitere Ausgestaltung der Gewerksinspektion fordern. Alljährlich werden durch Massenunfälle und Einzelunfälle einige Tausend Bergarbeiter getötet, andere Tausende zu Krüppeln gemacht. Ebenso wird sich der Kongress auch mit der gesetzlichen Regelung der Kollektiv-Verträge und der Arbeiterurlaube beschäftigen. Ein besonderer Punkt ist dem Kampfe gegen den Krieg gewidmet.

Die Stützen des Kapitals haben bis nun alle internationalen Bergarbeiterkongresse mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt. So wird es zweifellos auch diesmal sein. Sie wissen eben zu genau, welche unentschreibliche und gewaltige Rolle die Schaffenskraft des Bergmanns in der heutigen Wirtschaftsordnung spielt. Sie ahnen, daß ihr Herrtentum im gleichen Maße abnimmt als die nationale und international organisierte Macht der Bergarbeiter zunimmt.

Aber auch die industriellen Arbeiter verfolgen den internationalen Bergarbeiterkongress in Prag mit ihrer größten Aufmerksamkeit. Denn auch sie sind sich dessen bewußt, daß das, was die Bergarbeiter den Bergherren und der Staatsgewalt abringen, früher oder später auch ihnen zufallen muß. Deshalb wünschen wir den Verhandlungen des 27. internationalen Bergarbeiterkongresses den besten Erfolg.

Inland.

Fortdauernde Konfiskationswut.

Die Staatsanwälte konfiszieren trotz der vielen Verprechungen, mit denen der Justizminister Dolanský hausieren ging und in denen er eine Milderung der Konfiskationspraxis in baldige Aussicht stellte, fleißig weiter. Ja, es wird immer ärger und man muß schon glauben, daß den Zensoren die sommerliche Hitze so stark in die Glieder gefahren ist, daß sie nicht mehr Koalitionsblätter von solchen der Opposition unterscheiden können. Am gestrigen Tage wurde die Morgenausgabe des „Pravo Lidu“ wegen einer antisklavischen Notiz konfiszieren. Das „Pravo Lidu“ schreibt im Abendblatt über die Konfiskation:

„Die Redaktion wurde von der Konfiskation spät verständigt, die ganze bereits gedruckte Auflage des Morgenblattes wurde konfiszieren und so ein großer Schaden verursacht. Warum? Weil wir eine Probe davon brachten, wie ein tschechisch-amerikanisches Blatt den Präsidenten der Republik beschimpft. Es wurde uns der Beiseid zugestellt, wonach wir uns durch den Abdruck eines Delittes gegen den Schutz der Ehre des Präsidenten der Republik schuldig gemacht hätten. Wenn uns der Herr Justizminister für dieses Delikt vor Gericht zitieren würde, würde es sich zeigen, daß wir uns eines solchen Delittes nicht schuldig gemacht haben. Deshalb ist es bequemer, uns durch die Konfiskation der ganzen Auflage zu bestrafen und das Gericht abseits liegen zu lassen.“

Das Blatt verspricht dann, die Sache nicht ruhen zu lassen und meint, daß der Skandal umso größer sei, weil der Justizminister bei der Behandlung des Preßgesetzes Garantien gegeben habe dafür, daß die Konfiskationspraxis eingeschränkt werden würde. Uns ist allerdings von Garantien, die der Justizminister bei der Beratung des Preßgesetzes gegeben haben soll, nichts bekannt, weil wir die Verprechungen Dolanskýs in irgend einem Hünserausschuß der Koalition — zum Unterschied von den tschechischen Sozialdemokraten — nicht für Garantien für die Einschränkung der Preßzensur halten.

Es hat sich nichts geändert seit zehn Jahren!

Im „Pravo Lidu“ lesen wir: Am 1. August des Jahres 1914 wurde die Konfiskation der Zeitschrift „Rase Slovo“, eines Gewerbetblattes in Budweis, durchgeführt. Das Blatt wurde gleichzeitig amlich eingestell und sein Redakteur J. Frantal „eintrüben“ gemacht. Im Jahre 1924 am 1. August, um 11 Uhr vormittags, zur selben Stunde wie im Jahre 1914, wurde die Konfiskation der „Rejnictolljenafsky Noviny“ (des Fachblattes der tschechischen Fleischer- und Selbgergehilfen) durchgeführt, deren verantwortlicher Redakteur derselbe J. Frantal ist. Dieses Jubiläum ist dadurch interessant, daß es zeigt, daß sich im Verlaufe von zehn Jahren an der Preßfreiheit nicht viel geändert hat.

Was man in Preßburg von der Geschichte der Arbeiterbewegung weiß — und was man nicht weiß.

Vorige Woche wurde der Aufsichtsrat der Preßburger städtischen Arbeitsvermittlung neu konstituiert. Vizebürgermeister Dr. Kraus führte den Vorsitz. In seiner Ansprache an die Versammelten warf er einen Rückblick auf die Geschichte der Arbeitsvermittlung und hob hervor, daß ihre Grundlagen von den ungarischen Ministern Hegedüs (Handel) und Daranyi

(Ackerbau) gelegt wurden, was für die Philantropie, das soziale Empfinden und das Wohlwollen der Genannten spricht. Dr. Kraus ist — wie gesagt — Vizebürgermeister und gehört der tschechoslowakischen Sozialdemokratie in Preßburg an. Man darf von ihm nicht verlangen, daß er die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihre Kämpfe in jenen Gebieten der Republik kennt, die früher zu Ungarn gehörten. Wir wollen deshalb ein bißchen nachhelfen.

Die Arbeitsvermittlung in Preßburg, die nun in neue Hände gelegt wurde, war ursprünglich vor den magyarischen Nachhabern als Streikbrecherinstitut gedacht. Es war zur Zeit, als die Gewerkschaften in Ungarn so stark wurden, daß sie zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, Angriffskämpfe, die sich hauptsächlich gegen den gesetzlichen vierzehnstündigen Arbeitstag richteten, wagen durften.

Die Gewerkschaften legten wohlweislich, noch bevor sie in den Kampf traten, hohes Gewicht auf den Ausbau ihrer Arbeitsvermittlung und hatten dadurch eine genaue Kontrolle über jene, die ihnen eventuell als Streikbrecher in den Rücken fallen konnten.

Die Unternehmer Ungarns, die nicht nur hohe Regierungsubventionen erhielten, sondern denen man sub Titel Industrialisierung Ungarns und seiner Konkurrenzfähigkeit die Arbeiterschaft als Preibute schutzlos hinwarf, schrien auf, als sie den Ansturm der Arbeiterschaft zu spüren begannen, und verlangten Schutz ihres Geldbottels.

Handesminister Hegedüs war es nun, der zunächst den Gewerkschaften die Arbeitsvermittlung verbot, um an deren Stelle einen Arbeitssachwis für Arbeitswillige zu errichten. Das waren die Grundlagen der vielgerühmten Arbeitsvermittlung. Sein Freund Daranyi (Minister für Ackerbau) sah die Gefahr für den Großgrundbesitz wieder in der damals starken Organisation der Landarbeiter Ungarns, die sich mit Erfolg für eine entsprechende Entlohnung der Erntearbeiter einsetzte. Er ahnte des Beispiel Hegedüs nach und errichtete eine Arbeitsvermittlung für Landarbeiter. Im Anschlusse daran ließ er ein besonders zur Erntezeit durch Agenten reich bevölkertes Lager von Streikbrechern in der Nähe von Droschhaza (Tiefenland) errichten, mit denen er gegen die für besseren Lohn und menschliche Behandlung kämpfenden Landarbeiter im Bedarfsfalle auftrat. Hierzu verwendete er hauptsächlich die slowakischen Landarbeiter aus dem armen Komitate Arva, das heute zur Slowakei gehört.

Als die slowakischen Arbeiter genügend aufgeklärt werden konnten und den Lockrufen der Streikbrecheragenten keine Folge leisteten, da verübete Daranyi, daß die Großgrundbesitzer nicht verzagen mögen, er werde chinesische Kulis ins Land bringen lassen, mit denen er bereits in Verhandlung stehe.

Nun rief der Arbeiterschaft Ungarns der Geduldsfaden. Partei und Gewerkschaft nahmen im Kampf gegen die staatlichen Streikbrecher Stellung. Den Arbeitern wurde angeboten, sich nur von der Gewerkschaft und nicht von der Hegedüs-Daranyi-Streikbrecherorganisation vermitteln zu lassen. Die Arbeiter hielten die Parole stramm ein und bald sah die damalige Regierung, daß man ohne Arbeiter auch keine Arbeitsvermittlung machen kann.

Die Regierung entsand sich mit den Arbeitern zu verhandeln. Als Ergebnis dieser Verhandlungen wurde der Paragraph in den Satzungen der staatlichen Arbeitsvermittlung aufgenommen, daß es dem Institut verboten ist, bei Streiks zu vermitteln und daß ein paritätisch zusammengesetzter Ausschus die Arbeitsvermittlung zu verwalten hat.

Die kleine Lotte. (59)

Von Simone Bobbe.

Übersetzt von Dr. Anna Ruffbaum, Copyright by Interterritorialer Verlag „Renouveau“, Wien.

Eine Wiese vor einem Gärtchen. Ein kleines blondes Mädchen, Hände in den Schürzentaschen, erblickt sie, läuft aus Leibeskräften, ruft:

„Hier ist Herr Henri.“

„Mémairne komm her, umarme meine Schwester Lotte.“

Mutter Saguet tritt aus dem Hause, kann sich nicht fassen. Wie? Dieses kleine schwarze Fräulein soll die Schwester von Henri sein, der so blond ist? Von seiner Schwester Lili G'nia, die so weiß ist?

„Sonia.“

„Ja sag ja — Lili G'nia. Die Natur ist komisch.“

Madame Saguet liegen die Haare flach auf dem Schüssel, ihr Gesicht ist sonnengegerbt. Sie lehnt an der Mauer, groß, ruhig, die Hände in den Taschen ihrer blauen Schürze, schaut sie an. „Wir sind hungrig und durstig, Madame Saguet.“

„Will Ihnen den Lisch bringen.“

Henri hilft ihr. Nun steht der Lisch im Schatten zwischen zwei blühenden Apfelbäumen. Madame Saguet steht, nach dieser Mühe, wieder die Hände in die Taschen, bewundert Henri, der aufbebt.

„Geben Sie uns, bitte, etwas zum Trinken und besorgen Sie die Omelette.“

Die Omelette von Clary haben einen eigenen Geschmack, der Apfelwein steigt zu Kopfe, Henri läßt sich herab, davon zu trinken. Charlotte läßt laut während des Essens. Zur Rechten und zur Linken je eine Stabe, rot und grau. Schlag-aus-Aug und Red-bie-Pot. Der große schwarze Hund,

Pfoten und Schnauze gelbrot — er heißt Wächter — bellt, wenn sie ihn vergißt.

„Komm her, Hund.“ ruft Henri, „junge Mädchen sind oberflächlich, legen nur auf gute Manieren wert. Komm zu mir, die Philosophie zu lernen.“

Mit Hilfe der Philosophie macht man sich an die zweite Omelette, wie Vater Saguet eintrifft. Ein trockener, sonnenbrannter Kerl. Arbeit auf dem Feld, schlägt Holz, während die Frau das Haus besorgt, Getränke, Gewürze und Kleintier verkauft.

Clary ist nicht reich genug, einen Pfarrer zu zahlen. Borgt sich den aus dem Nachbardorf. Er verlangt hundert Franken jährlich, und daß die Kinder in seine eigene Kirche zum Katechismus kommen. Gewiß, die Bewohner von Clary sind nicht zahlreich, aber sie haben verstanden, sich einen Bürgermeister zu wählen, der für ihre Interessen eintritt. Der bedankt sich beim Pfarrer, sagt, daß man ihn nicht umsonst zahlen werde, will er sich nicht einmal zur ersten Kommunion nach Clary bemühen. Der Pfarrer weigert sich; die Kinder, die im Alter sind, werden der Kommunion entzogen. Der heldenmütige Entschlus wird gefaßt — noch ist keine Kuh deshalb krank geworden. Und sollte dies auch geschehen — die Leute von Clary sind doch bereit, den Kampf um ihr Recht fortzusetzen.

„Sie verstehen — es geht nicht so sehr ums Geld, es geht ums Recht.“

Henri hört im Essen zu, blättert in Mémairnes Schulheften. Sie ist stark im Rechnen. Sie macht auch hübsche Aufätze über den Finken, das Getreidekorn. Aber da in jedem Wort ein orthographischer Fehler ist, bekommt sie immer schlechte Noten. Henri erstickt fast vor Lachen — er findet eben einen Auffatz über die „stehenden Beamten“ (den Richterstand).

„Was ist ein stehender Beamter, Mémairne?“ Die Kleine schüttelt den Kopf, lacht:

„Ne, das ist einer, der nicht steht.“

„Sehr gut. Du mußt noch hinzufügen, daß er zu alt ist, um aufstehen zu können, deshalb ist er unabsehbar. Was heißt unabsehbar?“

Mémairne weiß nicht. Auch ihre Mutter nicht. Sie meint:

„Was wollen Sie? Sie erklären ihr nicht, ich habe das schon dem Vater gesagt. Man muß das ändern.“

„Unabsehbar, Madame Saguet, heißt eben, was man nicht ändern kann. Wo ist dein Bruder, Mémairne?“

Toni, der kleine Bruder, ist zu seinem Paten auf den Jahrmarkt von Villenont gefahren. Er ist zehn Jahre alt, sanft und still, Mémairne neckt ihn viel. Das darf sie nicht mit Herrn Henri versuchen, ihrem Verlobten. Der kann es besser als ein Dutzend von Mémairnes. Aber sie liebt ihn doch. Er ist so „freundschaftlich“.

„Umarme Charlotte, sie ist auch freundschaftlich. Und nun laß uns, wir wollen bis vier Uhr ausruhen.“

„Sie werden auf mich warten?“

„Ja, kleines Mädchen.“

„So geh ich zu der Wiesenkönigin Mäiglechen pflücken.“

„Wie fühlen Sie sich, Charlotte?“ fragt Henri.

„Sehr gut.“

„Nicht zu müde?“

„Nein, wirklich nicht.“

„Sie haben ein Räuschen, denke ich, weil Sie zu viel getrunken haben. Aber kommen Sie doch das Haus ansehen.“

Es ist ein sehr armes Haus. Drei fließende-legte Räume im Erdgeschos. Einer ist Küche und Kinderzimmer, der andere für die Eltern. In der Mitte die Herbergstube. Allen entströmt Fräulnisgeruch. Unter dem braunen Ziegelbad der Boden. Das Haus hat keinen Keller und ist deshalb sehr feucht. Vorn der Ausblick auf die

Landstraße, einem Vorhang von Pappeln gegenüber. Hinten dehnt sich eine grüne Wiese, von Wäldlein durchzogen. Zwischen den Bäumen schimmert ein Teich neben einer alten verlassenen Mühle.

Das Haus gehört nicht den Saguet. Sie müssen sehr sparsam leben, wollen sie es eines Tages anlaufen.

Im Gärtchen steht Charlotte Stall und Hühnerhof. Die Saguet haben auch eine weiße Kuh, einen bärtigen Bod, Ziege und Zicklein.

Ringsum der Wald, durchschnitten vom Eisenbahnstrang; eine hübsche, ganz weiße Brücke ist ein heller Punkt auf dunklem Hintergrund.

„Charlotte, wenn es Ihnen recht ist, wollen wir an die Quelle vom Mont-Aigu gehen. Von dort sehen wir Clary in seiner ganzen Schönheit. Ist Mémairne nicht sehr hübsch?“

Mémairne kommt gelaufen, ihr Strohhut an Bändern ist ihr auf die Schultern geglitten, in den Armen Blumen für Lotte. Henri hat ihr niemals Achtung für die armen Wiesenblumen beibringen können.

Mémairne führt sie zur Quelle. Hier versammeln sich — so sagt sie — am Morgen die großen Hirsche in Rudeln von zehn und zwölf, um Rat zu halten. Sie selbst hat einmal einen gesehen, ganz, ganz alt und grau.

Man steigt zu einem Teich ab, dicht von Rohr umgeben, von Kräutern besetzt. Der Wald umgürtet ihn, fast violett. Charlotte ruft:

„Rii!“

Zwei Schritte von ihnen ein Hirsch, neben ihm, hirscham, die Hirschkuh, waag nicht zu fliehen. Sie kommen wahrscheinlich vom Trinken. Der Hirsch wartet einige Sekunden, blickt sie starr an, springt dann zur Seite und beide verschwinden im Gebüsch. Lotte, glücklich, sie endlich gesehen zu haben, bemüht sich, etwas von ihrer Farbe zu erkennen.

(Fortsetzung folgt.)

Solche Arbeitsvermittlungen gab es in Budapest, Preßburg und Temesvár. An der Spitze dieses Kampfes standen in Budapest Genosse Großmann, in Preßburg Genosse Kalmár und in Temesvár Genosse Gabriel. Unsere Genossen in Preßburg bauten für die Arbeitsvermittlung bald ein Haus (Größlinggasse) und errichteten eine Herberge mit Desinfektionsanstalt, die heute noch den Zwecken der Arbeitsvermittlung dienen.

Das ist die Geschichte der Arbeitsvermittlung Ungarns und ganz besonders die der Arbeitsvermittlung Preßburgs, die nun unter dem Vorhange eines sozialdemokratischen Vizebürgermeisters neustruiert wurde. Wer hätte aber gedacht, daß eine Zeit kommen wird, in der im Zusammenhange mit der Arbeitsvermittlung ausgerechnet dem Daranyi und Degeßki nachgesagt wird, daß sie sich bei ihrer Errichtung nur von Philantropie, sozialem Empfinden und Wohlwollen für die Arbeiterschaft haben leiten lassen.

Die Prasekfront. Die Broschüre Prasek, in der der gewesene Senatspräsident seine beiden Rechtsreden der tschechischen Öffentlichkeit übermitteln hat, in der Koalitions-Presse eine verschiedene Aufnahme gefunden. Die tschechischen sozialistischen Blätter wenden sich selbstverständlich scharf gegen Prasek und die tschechisch-agrarische Parteipresse, besonders der „Benkov“, schwichtigt die Agitation des eigenen Parteimannes nieder. Natürlich begrüßen mehr oder minder offen die nationaldemokratischen und tschechisch-kerikalen Blätter die Fronde Praseks. Im deutschen Lager hat die Stramar-Stramel-Presse auch einen Verbündeten gefunden: das Zentralorgan der deutschen Agrarier, die „Deutsche Landpost“ ist unwillig darüber, daß die Koalitions-Presse Prasek totgeschwiegen hat. Die deutschen Agrarier geben damit deutlich zu verstehen, daß ihnen die Extratour Praseks nach Rechts ganz willkommen ist und daß sie den Ruf Praseks nach Sammlung aller rechten Elemente im Staate verstanden haben.

Der Auffiger „bölkische Tag“ unterbleibt. Wie die „Internationale“ meldet, wurde die politische Demonstration der Nationalsozialisten in Auffig, die für den „bölkischen Tag“ (heute) geplant war, von der Behörde untersagt. Das kommunistische Blatt berichtet weiter, daß die Bölkischen, ohne dazu gezwungen zu sein, auch auf die Kundgebung auf dem Marktplatz verzichtet hätten, weshalb auch die beachtliche Gegenkundgebung der Kommunisten unterbleibt.

Ausland.

Zusammenbruch des Krafauer Geheprojektes.

(Von unserem Berichterstatter.)

Nach beinahe zweimonatlicher Verhandlungsdauer wurde am 31. Juli das Urteil in dem Prozesse gegen die 58 Angeklagten in später Nachtstunde verkündet. 52 Angeklagte, darunter sämtliche politische Führer wurden freigesprochen. 6 Angeklagte, die mit dem politischen Aufregung in Krafau zu verschiedenen Diebstählen benutzt hatten, wurden zu geringen Arrest- resp. Gefängnisstrafen verurteilt. Eine ungeheure Menschenmenge erwartete vor dem Gerichtsgebäude, das durch einen dichten Polizeikordon abgesperrt war, die Verkündung des Urteiles. Der Staatsanwalt meldete gegen den Freispruch die Nichtigkeitsbeschwerde an. Der Gerichtshof verurteilte die Freilassung der noch in Haft Befindlichen. — Der Urteilsspruch beweist, daß die Geschworenen in Krafau sich der ungeheuren Sache, die die Reichspresse gerade in den letzten Tagen gegen die Angeklagten führte, nicht beugten, ebenso wie sie durch ihr mannhaftes Auf-

treten die Intrigen des früheren Staatsanwaltes Sosnanski aufdeckten und ihn auf diese Weise unmöglich machten. In den Arbeiterkreisen hat das Urteil große Genugtuung, in Regierungskreisen jedoch Bestürzung hervorgerufen.

Beilegung des deutsch-russischen Konfliktes.

Seit der Besetzung der russischen Handelsmission in Berlin durch die deutsche Polizei, bei der es nicht ohne Uebergriffe der Polizeiorgane abging und die mindestens eine Brückierung Sowjetrusslands bedeutete, die vom Standpunkte der internationalen Gerechtigkeit nicht anständig angesehen der isolierten Lage Deutschlands obendrein sehr unklar war, konnte man von einer Spannung in den deutsch-russischen Beziehungen sprechen. Alles was seit dem noch von Rathenau abgeschlossenen Rapallovertrage an guten Beziehungen der beiden Staaten vorhanden war, schien abgerissen und Deutschland konnte bei der Lösung der Reparationsfrage diesmal kaum wie früherzeit in Genua mit den Sympathien der Sowjetregierung rechnen, die das ihre tat, um den Uebergriff der Berliner Polizei gleichzeitig in Rußland zur Entfaltung der nationalen Leidenschaften und in Deutschland als kommunistisches Propagandamittel zu benutzen. Die Nähe der Entscheidung, die auf der Londoner Konferenz fallen soll, scheint die deutsche Regierung zum Nachgeben bewegen zu haben. Die Verhandlungen mit der russischen Regierung haben in den letzten Tagen ein günstiges Ergebnis gezeitigt und der Konflikt scheint jetzt endgültig beigelegt zu sein. In den meisten Punkten hat die deutsche Regierung sich der russischen Auffassung angeschlossen. Sie hat zwar der Handelsverletzung nicht die geforderte volle Exterritorialität zugestanden, wie sie die diplomatischen Vertretungen genießen, hat aber doch einige Räume der Handelsmission für exterritorial erklärt und sie so für künftige Zeiten dem Einfluß der Polizei entzogen. Das Abkommen kann für Deutschland insofern von Vorteil sein, als es in London die Russen als unsichtbare moralische Partner zur Seite haben dürfte. Dadurch kann die Lage auf der Konferenz vielleicht sehr zugunsten Deutschlands geändert werden. Auch für die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen Deutschlands zum Osten kann die Lösung der strittigen Fragen nur von Vorteil sein.

Die dänische Arbeiterregierung am Berl.

Die vor einigen Monaten zur Macht gelangte Arbeiterregierung in Dänemark, wird die entscheidenden Kämpfe mit der Opposition erst im kommenden Herbst auszutragen haben. Die Wahlen in den halben Landthing und die große Herbstsession des Reichstages werden die Entscheidung darüber bringen, ob Dänemark weiter eine sozialistische Regierung haben soll. Indessen arbeiten unsere dänischen Genossen an einer Reihe von Reformen. Im Brennpunkt des Interesses steht die Abrüstungsfrage. Die Leiter der militärischen Kommandostellen versuchen, der Regierung Knüppel in den Weg zu werfen und bereiten auch für den Fall, daß die Abrüstung durchgeführt wird, einen „Abrüstungsplan“ vor, der — ähnlich wie gewisse Abrüstungen in anderen Demokratien — eigentlich eine Vergrößerung der Militärlasten und des Heeresapparates sein soll. Festige Angriffe richtet die Opposition gegen die Schulreformen der Genossin Nina Bang. Diese sieht ihr vorläufiges Hauptziel in der Befreiung der geistlichen Schulaufsicht. Das Mutter der neuen Schulverfassung wird die noch von der deutschen Republik eingeführte Schulverfassung im ehemaligen deutschen Nordschleswig sein. Eine der dringlichsten Reformen aber ist die gründliche Aenderung des Steuer systems. Die Steuer-

ern der bürgerlichen Regierung waren zu 70 Prozent indirekte Steuern und die Arbeiterregierung sieht dies vornehmste Pflicht in der Abschaffung dieses Systems, das den breiten Massen die Lasten aufbürdet, statt das Geld dort zu holen, wo es in Mengen zu haben ist. Wenn die Arbeiterregierung sich am Ruher erhalten kann, so haben wir eine Ära der großzügigsten Reformpolitik in Dänemark zu erwarten.

Sozialistische Antikriegsdemonstrationen werden auch in Rumänien verboten.

In Salaja wollte die sozialistische Partei eine große Kundgebung gegen Krieg und Militarismus veranstalten. Die Polizei verbot die Versammlung und als die Arbeiter sie trotz des verfassungswidrigen Verbotes abhalten wollten, bot man Militär auf, um dem Verbot Geltung zu verschaffen. Im Gewerkschaftshaus fand dann eine Protestversammlung statt. Die rumänische Regierung (eine „liberale“ Regierung) hätte es am wenigsten nötig, Antikriegskundgebungen zu verbieten, denn die chaotischen Zustände in der Bujarendemokratie werden es der Bularester Militärpartei kaum möglich machen, einen Krieg zu führen. Ein Staat, der kein Staat mehr ist, der sich im wirtschaftlichen und politischen Bankrott befindet, mühte doch froh sein, wenn er in Frieden leben kann. Sollte es ein höherer Befehl sein, der die rumänische Regierung zu kriegerischen Gesticen bewegt, ist die kleine Entente etwa nicht für den Frieden?

Herrlots Genugtuung über die Verständigung.

Paris, 2. August. (Eigenbericht.) Herrlot hat heute nachmittag in einer unmittelbar nach der Vollziehung der Londoner Konferenz den Vertretern der Presse gegebenen Erklärung seiner Genugtuung über die nach langwierigen Verhandlungen endlich erzielte Verständigung Ausdruck gegeben. Die Geduld und die unermüden Bemühungen der Delegation hätten, so führte er aus, ihre Belohnung gefunden in der Wiederherstellung der Verständigung zwischen den Alliierten. Die Verpflichtungen Deutschlands seien kommerzialisiert und alle Schwierigkeiten, die sich in den Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten ergeben könnten, würden auf schiedsgerichtlichem Wege ihre Austragung finden können. Die Reparationsfrage habe aufgehört ein politisches Problem zu sein und da ihre Regelung nunmehr auf eine positive und profische Basis gestellt sei, würde diese dadurch erleichtert.

Der „Temps“ zitiert zweimal die Aeußerung Macdonalds nach der heutigen Vollziehung wonach dieser zu Herrlot gesagt habe, das Einvernehmen zwischen den Alliierten ist perfekt, jetzt kann uns nur der Satan allein trennen.

Barbuse darf in Deutschland nicht sprechen!

Berlin, 2. August. (Eigenbericht.) Der große französische Dichter Henry Barbuse wollte in Krefeld einen Vortrag halten. Er hat seine Absicht aber aufgeben müssen, denn es ist von der deutschen Regierung ein Redeverbot für ganz Deutschland für ihn erlassen worden. (Barbuse darf also in Deutschland nicht gegen den französischen Imperialismus sprechen!)

Die Schwarzen.

Im stillen Dörfchen ruft am wunderbar schönen Sommerfrühlingmorgen die Glode zum Hochamt. Friedlich und andächtig schreiten Männer und Frauen, im frohen Bewußtsein getanen Bodenerwerkes, festtäglich gekleidet, zum Kirchlein. Dort predigt ihnen der gute Pfarrer ein Stündchen vom ewigen Leben, von Liebe und Gottesfurcht und gibt allen seinen Segen. Ein herrliches Idyll, nicht wahr? Höchstes Glück, sonnigste Zufriedenheit auf Erden. Man braucht rein gar nichts dazu zu tun, braucht nur brav zu beten und zu beichten, für alles andere sorgt der liebe Gott im Himmel und keine Gesalbten auf Erden, die es ja doch so gut mit dem Volke meinen und die selber, Engel in Menschengestalt, kein Wasserlein zu trüben vermögen.

Ja, sie verstehen es großartig, die Herren Pfaffen, in aller Stille ihre Mission zu erfüllen. Du hörst sie nicht, du siehst sie nicht, fast niemals taucht ihr Antlitz über der Fläche des täglichen Lebens auf. Lautlos und ohne jedes Aufsehen werden die Seelen — auf daß sie vergessen an die irdischen Nöte — für das tollische Jenseits erzogen. In jedem Dorfe und in jedem Stadtteil sieht sich ein Vertrauensmann des lieben Gottes und sorgt für die Frömmigkeit, Ergebenheit und Duldsamkeit der Armen und verheißt ihnen zum Troste für die Mühsal des Daseins, zur Entschädigung für den durch kein Weihwasser wegzuwuschenden Gegensatz zwischen dem Hunger, der Notdurft der einen und dem Wohlleben und der irdischen Pracht der anderen die Wonnen des Paradieses. Ungezählte Millionen Menschen auf der ganzen Welt werden so zur Duldung ihres empörenden Schicksals beauftragt und eingelullt. Doch so stark auch die Macht Roms und seiner Legionen schwarzer Kutten ist, sie würde nicht hinreichen, sich so fast ungeschmälert auch durch Jahrbuntere der Aufklärung und des Niedergangs zu neuen Formen der Gesellschaft zu erhalten, wenn diese Macht der von Gott beaumelten Schwarzen nicht gestützt würde durch ihr untertane Organismen des öffentlichen Lebens, die dafür sorgen, daß der Strahl der Erleuchtung nicht zu tief eindringe in die Gehirne jener, die nicht mehr zu den ganz Dummen gehören. Diese Organismen sind in erster Linie die kirchlichen Parteien, die ihr Geschäft, das nun man schon sagen, ganz ausgezeichnet verstehen. Sie haben es von den Herren der Rathhöfe, Dekanaten und Bischöfliche trefflich gelernt, wie man es macht und daß man es vor allem schon fast und ruhig macht. Man geht nicht auf die Straße und erzählt jedemmann, daß die Gewalt der römisch-katholischen Kirche auf dem Versteige beruht, daß diese Macht mit einem Schlag vorbei wäre, wenn man der Kirche all ihr Hab und Gut wegnähme, und man plauschelt auch nicht darüber, daß die Macht der Pfaffen sehr bald schwinden, wenn sie sich selber erbacken müßten und nicht mehr der Staat, das heißt die Allgemeinheit, die Kosten ihrer Erhaltung aufbringen müßten. Man spricht hievon nichts und auch nichts davon, daß der Kirche nur mit armen Gläubigen nicht gebietet wäre, sondern daß man die Reichen braucht, damit nicht das Geschäft passiv wird. Und daß die Bestehenden gern und nur deshalb geben, weil sie zuvörderst daran interessiert sind, daß das Schenken der Ausgeborenen nach Freisetzung zum Himmel abgelenkt werde, davon sprechen die Merkmalen oder Christlichsozialen natürlich auch nicht. In unüberdrehlicher Schlaue treiben sie eine Politik möglicher Zurückhaltung, kommen den Bedürfnissen der Massen, sagen wir beispielsweise den Postgelehrten der Großbauern oder der Profitgier der Hausbesitzer nur durch Beeinflussung von Mund zu Mund nach, höchstens noch durch ein Wort in der Gemeindefest, das, innen wirksam, nach außen hin den Merkmalen nicht viel zu schaden vermag. Im Parlament, auf diesem weithin sichtbaren Forum, drücken sie sich an die

Mahatma Gandhi.

Vor einigen Monaten hat Romain Rolland sein herrliches Buch über Gandhi veröffentlicht, das hier in seinen Grundzügen dargestellt wurde. Die Monographie Rollands gibt die Entwicklung der Gandhi-Bewegung, ihre Hauptideen und einen Abriss der Persönlichkeit Gandhis selbst, kann aber aus Raumgründen auf Einzelheiten nicht eingehen. Um das Bild des indischen Gerechtigkeitssapfels genau zu fixieren, hat Rolland nun mit seiner Schwester Madeline Rolland zusammen eine Auswahl der Schriften Mahatma Gandhis vorgenommen. Der erste Band der deutschen Ausgabe dieser Schrift ist focher unter dem Titel „Jung Indien“ im Rotapfel-Verlag (Etenbach — Zürich — München — Leipzig) erschienen. John Heynes Holmes hat einen wertvollen Einleitungsaussatz dazu verfaßt und der Uebersetzer Emil Röniger ein verdienstliches Nachwort geschrieben. „Jung Indien“ ist der Titel der Zeitung, die Mahatma Gandhi herausgibt und die das Sprachrohr der Bewegung ist. Der erste Band der Ausgabe seiner Schriften enthält vorwiegend Aufsätze und Notizen aus dieser Zeitung, die in der überwältigenden Mehrheit von Gandhi selbst herrühren, sonst nur Briefe mit Aufschreibern. Die Gandhi in seinem Blatt abgedruckt hat, weil sie oagnerische Standpunkte vertreten oder Fragen der Bewegung diskutieren und einige Reden Gandhis. Die weiteren Teile der Ausgabe sollen dann über den Inhalt der Zeitung hinausgreifen und auch Flugchriften und Broschüren Gandhis dem deutschen Leser zugänglich machen.

Rolland hat es meisterhaft verstanden, den Menschen Gandhi und die ungeheure Bewegung,

deren Führer er ist, in knappen Umrissen zu zeichnen. Aber die ganze wahrhaft überwältigende Größe dieser Gestalt, die erhabene Erhabenheit dieser Persönlichkeit erfährt man noch viel tiefer, wenn man ihr selbst begegnet, Gandhis eigenes Wort vernimmt, seine Botschaft aus eigenem Munde empfängt. Es gibt nicht wenige, die Gandhi den größten heute lebenden Menschen nennen, einen neuen Christus (nicht im Sinne des Katholizismus, sondern rein ethisch genommen) einen neuen Weltlöser, der sich mit der Macht seiner heiligen Ueberzeugung dem Wahnsinnsstreiben einer in Gewalt, Mordgier, Habsucht und bestialischen Barbarei verlorenen Menschheit entgegenstellt, der sein Evangelium verkündet, ungeachtet des Sakgeschehes, das ihn umbräutet und das von den Nutznießern der Korruption und der Vergewaltigung aller Menschenrechte täglich verstärkt wird. Die Aufgabe des ersten Bandes stammen aus den Jahren 1919—1922, also aus dem wichtigsten Abschnitt der Bewegung, der mit der Verhaftung Gandhis endete. Wir müssen bei Letztere dieser Anklage- und Kampfsache nur die richtige Einstellung treffen, wir müssen uns vor Augen halten, daß sie sich nicht gegen das England von heute richten, sondern gegen die alte, konservative, militarische und imperialistische Regierung. (Es war ja ein der ersten Toten der jungen Arbeiterregierung. Gandhis Kerker zu öffnen.) Nur wenn wir den Geist des damaligen Englands begreifend finden wir die schauerlichen Uebergriffe der Offiziere und Polizeichefs, der Richter und Gouverneure in Indien glaubhaft. 300 Millionen friedliche Menschen gehorchen als wehrlose Skaven einem Säuflein landfremder Ausbeuter, die nicht nur soviel als möglich aus dem Land herauschinden, sondern sich zu ihrem Privatvergnügen jede Willkür erlauben. Das Nationalgefühl müßte

sich da machtvoll regen. Gewalttätiger Aufstand war aber aussichtslos, es mangelte an Waffen, und außerdem lag dem indischen Volke brutale Gewalt nicht. Organisch, zwangsläufig mußte Gandhi und seine Kampfmethode der Gewaltlosigkeit, des Duldens, des Ueberzeugens durch Leiden und Liebe, die Freiheitsbewegung führen. Es scheint uns ganz märchenhaft, daß ein Mann dreihundert Millionen Menschen beherrscht, dreihundert Millionen, die ihm völlig ergeben sind und ihren Führer, was Gandhi, der schlicht und anspruchslos ist, aufs bestigste verdammt, als einen Gott ansehen. Möglich war die ungeheuer rasche Ausbreitung der Bewegung nur dadurch, daß ihre Grundprinzipien, Dulden, Leiden, Vergewaltigen, unaltes indische Eigenschaften sind, daß Gandhi also vorkerlebten Boden fand. Träte ein Verkünder vollkommener Gewaltlosigkeit, brüderlicher Verziehung auch dem Bösesten gegenüber, heroischer Demut als einziger politischer Kampfwerkzeuge in Europa oder Amerika auf, man würde ihn kaum beachten. Die Notte nationalistischer Phrasenjongleure und das treue Epigonenfolge der Surrapatrioten würde ihn einen Narren schellen. Indien steht in Ehrfurcht zu Mahatma Gandhi auf, es läßt sich willig und vertrauensvoll von ihm leiten, weil der Weg, den Gandhi betreten hat, den Indern nicht unbekannt ist und weil es trotz allen technischen Erfindungen des Abendlandes, die schließlich sämtlich helfen müßten, Marterwerkzeuge und Mordgeräte zu schaffen die höhere Kultur hat. Seine höhere Kultur liegt in der Erkenntnis, daß die Gewalt das Gesetz der Beste ist, daß sie den Menschen verändert, und nur der Geist, die Liebe die Macht friedlicher Ueberzeugung, hingebungsvoller Ueberzeugung und vor allem strengste Abtuna der gegnerischen Anschauung menschliche Kampfmittel sein dür-

fen. Nur ein Volk, in dessen Bewußtsein diese Erkenntnis fest verwurzelt ist, konnte einen Mahatma Gandhi hervorbringen und nur dieses Volk konnte, von der Erhabenheit seiner Ideen erfüllt, ihn zu seinem Führer erwählen. Von Gewalt, das heißt Vermeidung jeglicher Gewalt, ist das Grundprinzip der Bewegung. Gewalt, Gewalt, eignet dem Tier. „Wer non violent sein will, darf dem nicht zürnen, der ihn beleidigt. Darf ihm nichts Böses wünschen. Darf ihm nicht fluchen. Muß ihm Gutes wünschen. Darf ihm keinerlei körperliche Verletzungen zufügen. Muß jede Bosheit ruhig hinnehmen, die sein Verfolger gegen ihn anwendet. So bedeutet Non Gewalt völlige Harmlosigkeit. Völlige Non Gewalt ist völlige Abwesenheit von Uebelwollen gegen alles was lebt. Sie umfaßt das untermenschliche Leben und schließt schädliche Insekten und wilde Tiere nicht aus. Sie ist reine Liebe.“ Das ist mehr als ein Parteiprogramm, das ist eine Weltanschauung, eine neue Ethik, die eben nur in den alten Indern Vorgänger hat. Und ist ein Ideal, ein Ziel. Der politische Kampf ist konkreter, er verlangt Maßregeln, Anweisungen, Taktik. Non Gewalt ist die ritterliche Grundlage, Non Kooperation die Kampf methode. Non Kooperation bedeutet die Entziehung der Zusammenarbeit mit einer Regierung, die volksfremd, ja volksfeindlich ist. Gandhi bringt ein kristallenes Gleichnis. „Mit der Vorhänge eines Vereines korrupt, so müssen sich die Mitglieder von dem Vorwurf der Korruption reinwaschen, indem sie austreten. Und genau so muß der Unterian, wenn die Regierung ein schweres Unrecht begangen, ihr seine Mitarbeit ganz oder teilweise entziehen.“ Der Entzug der Mitarbeit besteht in Niederlegung der Ämter und Ehrentitel, Nichtbeteiligung an Staatsanlei-

Wand und wagen tausendmal das Wort, ehe sie es aussprechen. Wenn sich die Arbeiterpartei für die Krankenversicherung, für die Alters- und Invalidenversicherung einsetzen, so sagen die deutschen Christlichsozialen, im Bewußtsein der Gefahr, in die sie ein Wein bringen könnten, weder ja noch nein und lassen schwer ausbleibende Dinge lieber über sich ergehen, suchen lieber mit den Industrierittern handelsins zu werden, ehe sie sich vor den Arbeitern blöstellten. Und unsere deutschen Pfaffenbrüder und Knechte haben es ja gar nicht notwendig, selber auf den Damm zu kommen: was die tschechischen Merkale in der Koalition, was der Vater Zramel in der Peška deichheit und dreht, das ist ja allemal auch einen deutschen Kontraktoren recht und billig. Und dort, im stillen Kämmerlein der Regierung, geht alles fein feierlich und glatt, ohne viel Geräusch — die Draußen hören gar nichts davon.

Nur manchmal sticht die allzu gut im Futter Lebenden der Kaiser und dann bauen sie über die Stränge. So im Vorjahr, als sich die Tschechisch-Merkale schon stark genug wählten, den Sturz des Dudenstums auf dem Prager Alstädter Ring zu verlangen und heuer wiederum, als sie bei ihrer Feier auf dem Heiligen Berg in Pöbriam offen gegen die Republik und den Präsidenten Masaryk hetzten. Bei diesen seltenen Anlässen — Jesuiten vermeiden unsichere Krostproben — kommt dann immer die gefährliche Freiheit der Schwarzen zum Ausdruck. Mit „bewaffneter Faust“ wollen sie, so sagte der Merkale Parteisekretär Mikava in Pöbriam, wenn's nottut, losgehen, wenn auf dem Stadtschein nicht bald die römisch-katholische Fahne weht. Man hat, wie gesagt, nicht oft Gelegenheit, die Schwarzen so aus sich herausgehen zu sehen und muß darum solch plastische Bilder besonders festhalten. Die ein wenig anders wirken als die beschauliche Szene der Sonntagsgandacht im stillen Dörfchen.

Was Trennung der Kirche vom Staat, was Trennung der Kirche von der Schule! Zum Teufel mit diesem Munde einer revolutionären Zeit, hoch die Fahne Roms auf die Zinnen der Republik. Dann werden die herrlichen Zeiten anbrechen, in denen man aus wieder auf den Scheiterhaufen stellen kann.

Es scheint, daß die Merkale, die sonst lieber im Dammeln arbeiten, im ungewohnten Licht auf dem Pöbriamer Berg sich etwas übernommen haben. Aber daß sie die lang verstaubte Faust so dreist zu halten wagen, mag jenen Brüdern in Christo, die es nach dem Mittelalter nicht verlangen, zu denken und — zu arbeiten geben. Habt acht von den Leisetretern und Schleichern in der Ralte.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

NewYork 100	Dollar 2,07.00
Paris 100	Schweiz. Franc 15.92.50
Berlin 1	Mark 124.300.000.000.00
Wien 1	östr. Kronen 21.00 ⁰⁰

Tages-Neuigkeiten.

De mortuis nil nisi bene!

Dieses lateinische Sprichwort — Sag' über die Toten nichts als gutes! — ist sicherlich nicht ein Leitspruch der „Jütlisch“ doch so hoch stehenden Völkchen, denn sonst wäre jener Artikel nicht möglich, den der völkische Abgeordnete Friisch in der Monatschrift „Hammer“, der Urquelle aller völkischen Literatur, dem beim Eisenbahnunglück bei Bellinzona umgekommenen deutsch-nationalen Heros Helfferich widmet. Einige Stübchen dieses Aufsatzes seien hier wieder gegeben:

„Mag es mit seiner Abkunft stehen, wie es will, sicher ist, daß das geistige und sittliche Wesen Dr. Helfferichs ausgesprochen jüdische Züge

haben, Vermeidung der Anrufung der staatlichen Gerichte, Weigerung der Prozesse durch private Schiedsgerichte, Boykott der staatlichen Schulen, Boykott des Rates für konstitutionelle Reformen, Verweigerung der Beteiligung an offiziellen Empfängen und öffentlichen Funktionen. Verkleinerer und Berufsordner haben behauptet, Non Kooperation sei also nichts als passive Resistenz. Dem ist aber nicht so, die Non Kooperation ist so aktiv wie nur möglich, denn gleichzeitig mit der Verweigerung der Zusammenarbeit mit der Regierung beginnt der Ueberzeugungsfeldzug, der Versuch, den Feind anzustimmen, ihn durch die Waffen des Geistes und der Liebe für die gute Sache zu gewinnen. Hier gibt es keine Grenzen der Leistungsfähigkeit. Diese Waffen müssen den Sieg erringen. Bleibt England bei seinem System der Militärdiktatur, so ist daran nicht Englands Schlechtigkeit schuld, sagt Gandhi, sondern das zu geringe Ueberzeugungsvermögen der Indier. Es ist nicht schuld des Eisens, daß es nicht geschmolzen wird. Schuld hat die Flamme, die nicht heiß genug ist. Das letzte, äußerste Mittel der Bewegung ist dann die Zivil-Desobödienz, der Massenungehorsam gegen die Regierungsverfügungen. Der indische Gesamtname für diese Prinzipien ist Satyagraha, das heißt unbedingtes Festhalten an der Wahrheit, Macht der Wahrheit, Macht der Seele. Die Ziele der Bewegung sind Swaraj, die Autonomie, die politische Selbstständigkeit, deren Ideal nur ein freies Indien ist, ohne dem imperialistischen Gedanken, der sonst jedem Nationalismus eignet, und Swadesai, die wirtschaftliche Unabhängigkeit. Diese zu fördern, hat Gandhi mit aller Macht die Wiedereinführung der uralten indischen Hausindustrie, der Spinnerei und Weberei, be-

trug und daß er seine gesamte in der Schnelligkeit ihres Aufstiegs überraschende Laufbahn lediglich als Schüpling des Judentums und Schürer jüdischer, insbesondere jüdisch-plutokratischer Interessen, ermöglichen konnte.“

Der Hansbund sei durch entscheidende Mitwirkung Helfferichs gegründet worden zur „Ausbeutung der schaffenden Arbeit durch Zinswucher und Bodenspekulation“. Nicht Handelspolitik habe Helfferich betrieben, sondern „Händlerpolitik“. Helfferich sei „ein Haupturheber der Verlängerung und des schließlichen Verlustes des Krieges“. Er sei der Vater der Inflation“. Da sind die Sozialdemokraten gegen Teile doch höflicher.

Auf diese dramatischen Ausführungen über „Helfferich und die Großfinanz“ im Juni (Brachmond) läßt der Abgeordnete Friisch in einem nicht weniger breiten Artikel des Juli-Heftes einen Münchener Radau-Antisemiten namens John Gorsleben (der sich kurze Zeit auch „von“ benannte) auf die deutsch-nationale Walfalloggröße einbauen:

„Bei Helfferich liegt die Sache sehr einfach. Rudolf Martin und der Semi-Kürschner nennen ihn als Juden oder Judenbütigen. Aber in diesen Angelegenheiten soll man nur seinen eigenen Augen trauen. Ich sah Helfferich zum erstenmal in einer Münchener Versammlung der Deutschen Volkspartei ganz aus der Nähe und stellte ohne Mühe die Kennzeichen jüdischer Mischung fest. Bei ihm war auch die Ansicht des Kopfes von hinten besonders kennzeichnend und verräterisch.“

Mit einem Wort: Wer ist an allem schuld? Der Jud! — Und warum? Weil's wahr ist! Doch wenn er schon tot ist? Dann erst recht!

Wieder eine Flugzeugkatastrophe in der Tschechoslowakei.

Zwei Tote.

Gestern ereignete sich um 4 Uhr nachmittag an der Grenze der Gemeinden Svemyslyh und Drevic, in der nächsten Nähe von Brandeis, eine schwere Flugzeugkatastrophe, die wieder zwei Menschenleben forderte. Ein tschechoslowakisches Militärflugzeug, welches mit zwei Fliegern bemant war, stürzte etwa 150 Schritte von der Straße ab und wurde völlig zertrümmert. Beide Flieger — ein Zugführer und ein Korporal — blieben auf der Stelle tot. Eine Gerichtskommission begab sich sofort an den Ort des Unfalles; heute wird sich eine neue Kommission, euseudet durch die Abteilung für Flugwesen des Nationalverteidigungsministeriums, an die Unglücksstätte begeben.

Eine sonderbare kommunistische Antikriegsfeier. Am 27. Juli, dem Tag, an dem das sozialistische Proletariat aller Länder den Gedenktag des Ausbruchs des Weltkrieges durch große Kundgebungen beging, war in den Straßen von Brünn und der Vorort folgendes Plakat zu lesen:

Die Mobilisierung in Groß-Brünn betrifft alle Wehrpflichtigen, die sich am Sonntag, den 27. Juli 1914

zum 5. Mumzej (Mummenschanz) des „Vidoveho divadla“ in Julicnsfeld (bei Brünn) einfinden müssen. Die Veranstaltung wird bei jeder Witterung in dem ungedeckten Garten und allen Räumen des „Arbeiterheimes“ abgehalten.

Wir betonen, daß das Programm uner-schöpflich ist. Sensation folgt auf Sensation, kurz es wird dies

ein Tag des Lachens sein. — Für die Jugend beginnt das Tanzkränzchen um 3 Uhr nachmittags im großen Saal, ohne besondere Aufzahlung. Abends im großen Saal:

trieben. Hier hat er Großes geleistet, Scharen von Prostituierten erhielten einen menschlichen Verast, konnten Wertvolles schaffen, statt ihre Ehre verkaufen zu müssen.

Dies die Grundzüge seiner Bewegung, aber nur ein Bruchteil des herrlichen Menschentums, das in diesem Buch eingefangen ist. Gandhi sagt, von allen Büchern der Weltliteratur habe die Bibel, Ruskin und Tolstoy am Tiefsten auf ihn eingewirkt. Seine Schriften, und seien es auch nur flüchtig hingeworfene Zeitungsartikel, haben etwas von der schlichten Größe der Bibel, und haben die allumfassende Menschenliebe, die das Urchristentum von dem, was sich heute Christentum nennt, unterscheidet. Tief religiös, im vollen Sinne national, und in jeder Beziehung modern ist Gandhis Bewegung. Achtung vor dem Nächsten, und sei er noch so schlecht, Liebe selbst zum Raubtier, Selbstlosigkeit bis zur Selbstaufgabe sind seine Forderungen. Die hohe Verehrung der Frau, die in Indien sonst mißachtet wird, ordnet sich seinem System wunderbar ein. Die Frau ist von der Natur noch mehr als der Mann zum Dulden und Ertragen geschaffen. Alle Religionen sind vor ihm gleich, insofern sie ehrlich bekannt werden. Daher sein großes Streben nach der hindu-mohamedanischen Einigung. Alle Menschen sind vor ihm gleich, daher sein Kampf gegen das Dogma der Unberührbarkeit der Varias. Konservativ ist er, wo das Alte edel ist, und mit vernünftigen Sinnen noch heute als gültig erklärt werden kann. Alle Ungerechtigkeiten, alle inhaltlose Formeln nur aus Pietät oder Gewohnheit beizubehalten, gilt ihm als unsinnig und verdammenswert. Seine Auffassung vom Patriotismus sollte allen nationalistischen Schwärmern in die Hirne ge-

Tanzkränzchen.

Während die „sozialverträglich“ Sozialdemokraten in hundertn Städten sich zusammenfanden, um das Andenken der Toten des Weltkrieges zu feiern und das Geldnis zu erneuern, nie wieder ein solches Verbrechen, wie es der Weltkrieg war, zu dulden, waren es kompromißlose unentwegte Kommunisten, welche gerade diesen Tag für würdig fanden, einen M u m m e n s c h a n z zu halten und den Tag zu einem „Tag des Lachens“ zu machen! Das Plakat spricht deutlicher, als es hundert Leitartikel der kommunistischen Blätter zu tun vermögen.

Lebensmittelverteuerung in Preshburg. Die Preshburger Bevölkerung ist wachsender Aufregung wegen der fast plötzlich eingetretenen Lebensmittelverteuerung, für die man sich keine andere Erklärung weiß, als daß die Lebensmittelwucherer einen wohlüberdachten und konsequent durchgeführten Deutszug auf die Taschen der Bevölkerung unternahmen. Das Mehl stieg innerhalb einiger Tage von K 2.70 auf K 3.50, Reis von K 4.— auf K 5.—, Kaffee von K 28.— auf K 36.—, amerikanisches Fett von K 12.30 auf K 14.—, Zucker von K 5.— auf K 5.20. Das ist aber noch lange nicht die Grenze der Preise, die täglich in die Höhe gehen. Die Teuerung trifft die Arbeiterschaft naturgemäß viel schwerer als die anderen Schichten der Bevölkerung, da ihre Löhne durch unausgeheften Abbau außerordentlich niedrig sind und die Unternehmer noch immer die Reduzierung der Löhne betreiben. Die Tischler stehen seit einer Woche im Streik; sie kämpfen für die Anerkennung ihres Kollektivvertrages. Die Buchdrucker stehen vor Verhandlungen mit den Prinzipalen, die ihnen den Lohnstarif kündigten und die eine Reduzierung der Löhne und den Abbau der sozialen Ertragsanteile im Schilde führen. Wenn die Lebensmittelteuerung weiter anhält, so muß es zu schweren Kämpfen der Arbeiterschaft kommen. Die Deutsche Sozialdemokratische Partei hat für den Montag, den 4. August eine Vertrauensmännerkonferenz einberufen, die sich mit der förmlich über Nacht verschlechterten Lage der Preshburger Arbeiterschaft befassen wird.

Städte-Musikwettbewerb in der Aufziger Ausstellung. Der Zentralverband der Musiker-Bezirksverbände veranstaltet im Einvernehmen mit der Ausstellungsleitung am Sonntag, den 3. August, in der Ausstellung in Aufzig einen Städte-Musikwettbewerb der Bezirksverbände Aufzig-Bodenbach und Tepitz. Die Veranstaltung wird durch einen musikalischen Reflamoanmarsch mit drei Kapellen in der Zeit zwischen 5 und 6 Uhr abends von den Bahnhöfen kommend, mit je 12 Musikern bei klingendem Spiel am Marktplatz eingeleitet. Sodann gemeinsamer Abmarsch mit klingendem Spiel zur Ausstellung. Alles Nähere besagen die Plakate. An diesem Tage ab 3 Uhr nachmittags besonders ermäßigte Preise in der Ausstellung und zwar: Erwachsene 6 K und Kinder 3 K.

Ansuchen um Einführung neuer Schulzüge. Bei der Staatsbahndirektion Prag-Nord suchen einzelne Gemeindeväter und verschiedene Korporationen des öfteren um Einführung neuer Schulzüge an. Die Direktion macht auf den Erlaß des Schul- und Kulturmünisteriums, Zahl 131.690 ai 1923—1, vom 7. April 1921 aufmerksam, worin alle Schuldirektionen (Schulleitungen) aufgefordert werden, im Einvernehmen mit dem Lehrkörper, der Jugendfürsorgekorporationen und dem Ortschulrate Verfügungen zu treffen, daß die Unterrichtszeit dem bestehenden Zugverkehr dort angepaßt wird, wo die Bahnverwaltung den Bedürfnissen der Schule nicht voll entsprechen kann. Durch Einführung neuer Züge erwachsen dem Staate große Ausgaben und ist dies mit Rücksicht auf die staatlichen Finanzen untunlich. Wir fordern daher die Gemeindeväter und die sonstigen Korporationen auf, zuerst bei den Schulleitungen um Anpassung der Unterrichtszeit an den bestehenden Zugverkehr anzufordern und Gesuche um Einführung neuer Schulzüge nur in den dringendsten Fällen der Staatsbahndirektion vorzulegen.

graben werden: „Für mich ist Patriotismus das gleiche wie Menschlichkeit. Ich bin Patriot insofern ich Mensch bin und menschlich empfinde.“ Deshalb sieht er die Non Kooperation nur als einen Weg an zur großen Kooperation, zur ewigen Zusammenarbeit mit allen Völkern der Erde, wenn sie so weit sind, daß sie ihre Eigenart voll pflegen, aber sie nicht mit Wassengewalt Schwächeren aufdrängen wollen. Ein Mensch, der von derartigen hehren Ideen erfüllt ist, kann natürlich an der sozialen Frage nicht vorübergehen. Ganz ohne Bezugnahme auf das sozialistische Programm stellt Gandhi einen Teil derselben Forderungen auf, wie die Sozialdemokratie: Selbsthilfe der Arbeiter nicht durch Zusammenschlagen der Fabrik, sondern durch Bildung von Gewerkschaften; ferner verlangt Gandhi nachdrücklich: Neben den Arbeitsstunden müssen dem Arbeiter Erholungsstunden gewährt werden, es müsse ihm die Möglichkeit der Bildung gegeben sein, es müsse für die Erhaltung und Erziehung der Kinder gesorgt werden, gesunde geräumige Wohnungen müssen für den Arbeiter geschaffen werden, und für eine Altersversorgung müsse der Arbeiter sich genügend Geld ersparen können.

Es ist nicht zuviel gesagt, daß die Ueberbringung der Botschaft dieses großen Menschen ungleich mehr ist als ein literarisches Verdienst eines Verlags. Sie ist eine Tat im reinsten Sinne des Wortes. Sie wirft auf dem Boden der Romain Holland aufgedruckt hat, als Saat Korn einer neuen Menschheit. Wenn Gandhis Ideen Gewalt über das Gewissen Europas bekommen, bricht eine neue Zeit an.

Fritz R. Wien.

Das Auswanderungswesen im Juni 1924.

Nach den vorläufigen Vorkerkungen des Statistischen Staatsamtes (zu deren Vollständigkeit noch Berichte von 21 Bezirken fehlen) wurden im Monate Juni Auswandererpässe ausgegeben: in Böhmen für 653 Personen, in Mähren für 219, in Schlesien für 50, in der Slowakei für 1661, in Karpatenland für 71 Personen, in der ganzen Republik zusammen für 2654 Personen (im Mai für 3388 Personen). Von diesen Personen haben außer einer (im Mai neun) keine Reiseziel angegeben: a) europäische: Frankreich 1408 (im Mai 1473) Personen, Ungarn 150 (140), Oesterreich 113 (141), Deutschland 102 (151), Königreich Serb. 43 (49), Rumänien 35 (16), Föder. der Sozialistischen Sowjetrepubliken 31 (31), Italien 8 (18), Polen 7 (23), sonstige europäische Staaten 46 (20) Personen; b) überseeisch: Vereinigte Staaten von Nordamerika 388 (849), Kanada 233 (263), Argentinien 44 (79), sonstige Staaten Amerikas 11 (22), sonstige Weltteile 4 (4). Diese Statistik der nach den überseeischen Staaten ausgegebenen Auswandererpässe wird ergänzt durch die Statistik der zum Ueberseetransport im Juni 1924 übernommenen Auswanderer, welche nach den folgenden Staaten ausgewandert sind: nach Kanada 205 Personen (im Mai 280), in die Vereinigten Staaten von Nordamerika 63 (45), nach Argentinien 51 (83), nach den sonstigen Staaten Amerikas 12 (13).

Die Einführung des automatischen Telefons in Prag. In den letzten Tagen wurden einem Teil der Prager Telefonabonnenten die neuen automatischen Apparate zugestellt und mit deren Anschluß begonnen. Die Einführung dieser Neuerungen kann selbstverständlich nicht in wenigen Tagen durchgeführt werden und wird bei der Komplexität der Ueberleitung des alten zum neuen Systeme längere Zeit in Anspruch nehmen. Die neuen Apparate, mit deren Hilfe sich jeder Abonnent ohne Vermittlung der Zentrale selbst verbinden kann, sind nach dem Muster derjenigen, die in Stockholm, Berlin, München, Leipzig, Wien und anderen Städten schon seit vielen Jahren in Gebrauch sind, mit einem dreifachen Zifferblatt versehen, das die Ziffern von 0 bis 9 enthält. Bis zum 3. B. die Zahl 24367 aufrufen, so droht man zunächst die 2 zu wählen und die Anschlagtafel, sodann jede weitere Ziffer, nachdem die Scheibe automatisch zurückgeschwenkt ist. Ein Ton im Apparate gibt über die hergestellte Verbindung Auskunft. Die neue Telefonzentrale soll zu Beginn des nächsten Jahres so weit vollendet sein, daß wenigstens ein Teil der Abonnenten die automatische Verbindung wird benutzen können.

Ein gefährlicher Fremdlinger. Auf die Polizeiwachstube in Prag-Dejwiz kam Freitag der Beamte Edward Teschler aus Dejwiz und erzählte, daß er unterwegs von einem Manne in weißer Hose überfallen worden sei. Der Wächter hielt den bezeichneten Passanten an und führte ihn ob, um ihn sicherzustellen. Pöblich begann aber unterwegs der beschwerdeführende Teichler selbst zu schreien und Schüsse aus einem Revolver abzugeben. Mit einem Schiffe verlegte er den Angestellten Johann Ruzel aus Dejwiz, durch einen anderen den Schlosser Karl Havelka aus Dubeneč. Die Rettungssituation mußte beiden Hilfe gewähren. Auf der Polizeiwachstube stellte der Arzt fest, daß Teichler irrsinnig sei. Selbstverständlich wurde darauf der auf Teichlers Intervention hin angehaltene Passant freigelassen.

Die Ziehung der Staatsbaulose. Bei der gestern fortgesetzten Ziehung der Staatsbaulose wurden folgende Losnummern gezogen: 500.000 K: Serie 188 Nr. 133, Serie 3510 Nr. 326; je 100.000 Kronen: Serie 4860 Nr. 280, Serie 2349 Nr. 52, Serie 4948 Nr. 307, Serie 2802 Nr. 71, Serie 1084 Nr. 311, Serie 1674 Nr. 399; je 50.000 K: Serie 3313 Nr. 215, Serie 2851 Nr. 147, Serie 1000 Nr. 288, Serie 3238 Nr. 346, Serie 3240 Nr. 8, Serie 3543 Nr. 12, Serie 602 Nr. 179, Serie 3504 Nr. 107, Serie 2305 Nr. 349, Serie 4430 Nr. 97, Serie 3412 Nr. 58, Serie 583 Nr. 317, Serie 442 Nr. 40, Serie 990 Nr. 88.

Jaurès und die deutsche Philosophie. Jean Jaurès wurde durch das eingehende Studium der deutschen Philosophen Kant, Hegel und Fichte auf die tiefen ethischen Wurzeln des sozialistischen Gedankens aufmerksam gemacht. In einer — in lateinischer Sprache verfaßten! — Doktorthese, die heute noch als ein Musterbeispiel klassischen Lateinismus gilt, deckte er die tiefen geistigen Zusammenhänge zwischen den deutschen Philosophen des 18. und 19. Jahrhunderts und der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung auf. Die These lautete: „Neben die Vorläufer des deutschen Sozialismus bei Luther, Kant, Fichte und Hegel“. Diese glänzende geistige Leistung war Jaurès' erstes Glaubensbekenntnis zum sozialistischen Gedanken, und bald darauf vollzog er seinen politischen Uebergang aus dem linksdemokratischen bürgerlichen Lager zu der damals noch kleinen Schaar der Vorkämpfer für die Befreiung des Proletariats. Seine für einen Franzosen ganz ungewöhnliche Beherrschung der deutschen Sprache und der deutschen Kultur verschaffte ihm die in seinem Lande nur allzu seltene Gabe, Deutschland nicht nur kulturell, sondern auch politisch wirklich zu verstehen. Und so wurde er, bei aller Liebe zum eigenen Vaterlande, ein Internationalist im besten Sinne des Wortes und blieb es bis zu seinem letzten Atemzuge. Er kannte und erkannte alle Vorgänge des deutschen Wesens, aber auch dessen Nachteile. Er begriff die geschichtlichen Ursachen der deutschen politischen Entwicklung wie kein anderer Franzose und sich auch viel besser als die meisten Deutschen. Er wurde zu einem der treuesten und besten Freunde des deutschen Volkes und gerade deshalb zu einem unerbittlichen, aber auch gerechten Ankläger gegen das wilhelminische Deutschland.

Matteotti presente. In einem in der „Weltbühne“ veröffentlichten Artikel über den Fascismus von Saminatti finden wir folgende Stelle: Zu der Gedächtnisfeier, die die Opposition für Matteotti veranstaltete, gab es vor der wundervollen Rede Turati einen Zwischenfall. Beim Nennensauf der Anwesenden wurde aus Versehen auch der Name Matteotti aufgerufen. Einem Moment heroisches Schweigens. Dann riefen zwei, drei, vier, fünf Stimmen: „presente“, und die ganze Versammlung erhob sich unter stürmischem Handelschrei von ihren Plätzen.

Für Deutschlands Weltkriegsopfer. Wie die Berliner Blätter melden, werden anlässlich der Gedächtnisfeier für die Gefallenen am heutigen Sonntag außer der Berliner Stadt- und Ringbahn auch die Straßenbahn, die Hoch- und die Ufergrundbahn und die Omnibusse einen Verkehrsstillstand von zwei Minuten eintreten lassen.

Der Judenparagraf im bayerischen Landtag abgelehnt. Der bayerische Landtag lehnte am Schluß seiner Freitagssitzung mit großer Mehrheit einen Antrag ab, der die Beschränkung für Juden bei Zulassung zu öffentlichen Aemtern forderte.

Hütet euch vor den Agenten der Fremdenlegionen! Ein reichsdeutsches Bruderblatt veröffentlicht das Schreiben eines spanischen Fremdenlegionärs, das jedem zur Warnung dienen kann. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„... Bin auf ganz komische Art hergekommen. Wachte gar nicht, was hier los ist. Bin als Krankenpfleger fürs Hospital angenommen. Angeworben, nichts vom Hospital zu sehen. Rein, gleich ins Truppenlager. Und den andern Tag ging's los. Anarre in die Hand gedrückt, Griffe üben und sonst dergleichen mehr. Ich war wie vor den Kopf geschlagen und bin es auch heute noch. Gestern sind wir wieder aus einem Gefecht zurückgekommen. Bei diesem Gefecht mit den Rifflibellen hat es nicht weniger als 1300 Verwundete und Tote gegeben, auf spanischer Seite. Ich war im deutschen Zug. Wir sind mit ungefähr 60 von 90 wieder herausgekommen. Von uns aber keiner tot, alle verwundet. Bein- und Armschüsse. Man kann es sonst im allgemeinen gar nicht so beschreiben, wie es dort hergegangen ist. Ungefähr 12 bis 15 Flieger begleiteten das Gefecht, Kanonen legten Granaten und Schrapnell über in die Berge. Maschinengewehre streuten die Berge ab. Und trotzdem waren die Rifflibellen nicht wegzubringen, kämpften hartnäckig weiter. Und das schönste bei der ganzen Sache ist, du siehst überhaupt keinen Feind; aber er dich um so besser. Auch schießt er mit Vorliebe mit Explosivgeschossen. ... Also eines kann ich dir nur sagen, bleibe du nur ruhig, wo du bist.“

Dieser Brief, der aus Maruecco kommt und vom 22. Juli 1924 datiert ist, belegt einen ganz traffen Fall. Der Schreiber ist durch eine offensichtliche Täuschung in die Fremdenlegion verschleppt worden. Es wäre tatsächlich hoch an der Zeit, wenn diesen Fremdenlegionskandalen endlich überhaupt ein Ende gemacht würde.

Bürgerliche Zeitungsverleger. Die reichsdeutsche Journalistenorganisation, der Reichsverband der deutschen Presse, bemüht sich seit längerer Zeit, ein Journalistengesetz nach dem Vorbild Oesterreichs durchzusetzen. Die Reichsregierung und verschiedene Landesregierungen haben in öffentlichen Erklärungen ihre Unterstützung versprochen und ein Gesetzesentwurf befindet sich seit langem im Stadium der Vorbereitung. Die Zeitungsverleger sehen nun alle Hebel in Bewegung, das Journalistengesetz zu verhindern. Als vor wenigen Wochen gleichzeitig der Verein Deutscher Zeitungsverleger und der Reichsverband der deutschen Presse ihre Hauptversammlungen abhielten, versuchten die Verlegerorganisationen die bürgerlichen Zeitungsredaktionen zu zwingen, daß sie nur die Verlegerorganisation beitreten, aber die Journalistentagung ausschließen. Das ist ihnen mißglückt. Jetzt aber hat der Berliner Verlegerverein durch ein geheimes Rundschreiben seine Mitglieder aufgefordert, den von ihnen abhängigen Redaktionen jedes Eintreten für das Journalistengesetz in der Tagespresse zu verbieten und die Veröffentlichung von Berichten über Versammlungen, Kongresse und selbst über parlamentarische Verhandlungen, in denen vom Journalistengesetz die Rede ist, davon abhängig zu machen, daß diese Berichte vorher die Genehmigung des Verlegers finden. In verschiedenen Verlagen ist auch schon der Versuch gemacht worden, die Redakteure zur Unterzeichnung eines Reverses zu verpflichten, wonach sie diesen Bedingungen Folge leisten und die Interessen des Verlages vertreten wollen.

Deutschland schickt nun elektrisch beleuchtete Waggons in die Schweiz. Nach dem Eisenbahnunfall von Bellinzona war von Schweizer Seite gewünscht worden, daß nur mehr Waggons mit elektrischer Beleuchtung von angrenzenden Ländern nach der Schweiz übergehen möchten. Wie der Verwaltung der Landesbahnen mitgeteilt wird, hat die deutsche Reichsbahn, die von ihr für den Uebergang nach der Schweiz zu stehenden Kurswagen auf elektrische Beleuchtung umgebaut, so daß alle mit Gasbeleuchtung versehenen Personen- und Padwaggons nunmehr zurückgezogen werden können. In allen von Deutschland zu stehenden Zügen, die nach und durch die Schweiz laufen, verkehren vom 1. August an nur noch Waggons mit elektrischer Beleuchtung.

Sträflinge auf Urlaub. Auf der Insel Wight sind mehr als 30 Sträflinge eingetroffen, die aus dem Moabtone-Gefängnis stammen, und dort vorübergehend entlassen worden waren, weil sie sich durch gute Führung ausgezeichnet haben. Es

ist dies der erste Versuch einer neuen Entwicklung in dem englischen Strafvollzug. Die ausgewählten Männer leben in kleinen Bauernhäusern, die nichts von der Dampfkraft der Gefängniszellen haben, und sie werden in den Wäldern von Parkhurst mit körperlichen Arbeiten beschäftigt. Jeder Mann hat einen arbeitsfreien Tag in der Woche, um in eigenen Garten arbeiten zu können. Die Gefangenen tragen Schiffermützen, blaue Jacken und eine rote Armbinde, die das Zeichen ihrer guten Führung ist. Sie essen gemeinsam und verplaudern nach getaner Arbeit gemütlich die Abendstunden, rauchen und lesen Zeitungen und Bücher, die ihnen geliefert werden. Sie werden für ihre Arbeit entlohnt und dürfen sich in einem Konsum kaufen, was sie wollen, ausgenommen alkoholische Getränke. Ihre Ferien sollen etwa drei Wochen dauern.

Die Fahne der Pariser Kommune. Freitag wurde in Moskau in feierlicher Weise die Fahne der Pariser Kommune vom Jahre 1871 in das Mausoleum, in welchem sich das Grabmahl Lenins befindet, gebracht. Die Fahne wurde am Kopfe des Sarges Lenins aufgestellt. Seit Freitag ist wiederum der Massen Zutritt der Bevölkerung zum Mausoleum gestattet.

Der 13. internationale Stenographenkongreß hat Freitag in Lausanne seine Tagung geschlossen. Der nächste Kongreß soll in Mailand im Jahre 1925 stattfinden. Der Kongreß formulierte mehrere Wünsche. U. a. sollten die Frauen vom stenographischen Parliamentsdienste nicht mehr ausgeschlossen werden. Ferner sollten in den Verwaltungen zwei getrennte Kategorien geschaffen werden, eine Kategorie der Stenographen und eine Kategorie der Maschinenschreiber, wobei die Stenographen wesentlich höhere Löhne erhalten sollten. Weiters sollen die Frauen den Männern keine Konkurrenz machen, indem sie für die gleiche Arbeit einen geringeren Lohn annehmen. Schließlich hat der Kongreß die Regierungen eingeladen, überzeugt von der Nützlichkeit der Stenographie in den öffentlichen Verwaltungen, die Stenographie für alle Verwaltungszweige, in welchen ihre Anwendung Dienste leisten kann, obligatorisch zu erklären.

Fliegerabsturz bei Hannover. Am Freitag Nachmittag stürzte über der Eisenriede bei Hannover beim Abwenden von Flugblättern ein Eindecker ab. Der Führer erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

Sportmanie. In Lille gab's dieser Tage einen Tablettwettlauf der Reiter. Die Teilnehmer an dem Rennen mußten zwei Kilometer zurücklegen und dabei auf einem Tablett drei bis zum Rand gefüllte Gläser Bier balancieren, ohne unterwegs auch nur einen Tropfen des Getränks zu verschütten. Als erster kam ein Reiter namens Maetti am Ziel an, der gleichzeitig einen Rekord für die Zeit aufstellte. Ein später folgender Wettlauf für die Reiterinnen wurde von einem Fräulein Diamard gewonnen.

Humor. (Kritik der „Moderne“.) In einer Londoner Gemälde-Ausstellung betrachtet eine Besucherin entsetzt ein futuristisches Bild, das nach der Beschreibung des Katalogs eine futuristische Landschaft darstellt. Die Ausführung im Katalog über den Gegenstand des Bildes veranlaßt sie zu dem Stoßausbruch: „Was für ein schreckliches Land muß doch diese Kubist sein!“

Wetterbericht vom 2. August. Eine solche Drückstörung, die sich Freitag über Westeuropa entwickelte, hat Samstag in unseren Gebieten eine erneute Bevölkerungszunahme veranlaßt. Die Elowalei stand gestern noch unter dem Einfluß der östlichen Störung. Raschau hatte 19 Millimeter Regen. Im Westen stiegen die Temperaturen bei schönem Wetter fast zur sommerlichen Höhe. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Im Westen Besserung, im Osten noch ungünstig.

Kleine Chronik.

Amerikanischer und europäischer Straßenverkehr.

Kürzlich ist der Direktor der Verkehrsabteilung des Berliner Polizeipräsidiums, der gelegentlich seiner Anwesenheit auf dem Automobilkongreß in Detroit eine Studienreise durch ausländische Großstädte unternommen hat, von seiner Amerikafahrt zurückgekehrt. Er hatte reichlich Gelegenheit, die Verkehrsverhältnisse im Auslande zu studieren und zwischen Berlin und den Großstädten anderer Länder Parallelen zu ziehen. Solche Parallelen sind natürlich nicht überall angebracht, nicht einmal überall möglich; denn der Berliner Verkehr ist, wie Direktor Wöste dem „Berliner Tageblatt“ mitteilt, so grundsätzlich verschieden von dem Verkehr beispielsweise in London oder New York, daß sich ein Vergleich gar nicht ziehen läßt. Die Unterschiede in der Art des Straßenverkehrs sind einmal in dem Bau besonders der amerikanischen Großstädte begründet, dann aber in einer gewissen Gleichartigkeit des ausländischen Verkehrswezens, die in Berlin fehlt. Was zuerst in New York auffällt, ist die riesige Zahl von Automobilen, die alle europäischen Begriffe übersteigt. New York hat gegenwärtig 450.000 Automobile, während man in ganz Deutschland mit einer Zahl von etwa 100.000 Wagen rechnet. Detroit im State Michigan hat mit seinen zwei Millionen Einwohnern rund 400.000 Kraftwagen aufzuweisen. Dabei vermehrt sich die Zahl der Personenkraftwagen im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten sehr schnell. Die Entwicklung ist so rasch vor sich gegangen, daß schon jetzt eine gewisse Uebersättigung des Automobil-

marktes eingetreten ist. Ford, der bekannte Fabrikant der auch über die amerikanischen Grenzen hinaus bekannten kleinen Personenvagen, hat kürzlich eine bedeutende Zahl seiner Arbeiter entlassen müssen, weil ein Teil seiner Betriebe auf die Herstellung eines anderen Artikels umgestellt wird.

Die große Zahl, mit der im amerikanischen Straßenbild die leichten Wagen mit fast gleicher Geschwindigkeit verkehren sind, erleichtert natürlich den Verkehr und seine Regelung außerordentlich. Motorräder findet man in Amerika so gut wie gar nicht. Sie stehen lediglich im Dienste der Polizei; und zwar weisen diese Räder eine Motorstärke auf, die sie in den Stand setzt, Wagen von jeder beliebigen Motorstärke und Geschwindigkeit mühelos einzuholen.

Ein weiteres Charakteristikum des amerikanischen und ganz besonders des New Yorker Verkehrs ist das Fortfallen aller Suspensivsignale. Ebensovienig bemerkt man den in Berlin so unliebsam auffallenden Gel- und Benzingeruch, der oft genug das Passieren der Hauptverkehrsstraßen fast unerträglich macht. Die amerikanische Polizei würde jeden Fahrer, der es sich erlauben sollte, die Geräusche seines Motors auf die Gehäusen der Passanten loszulassen, ohne Gnade und Parnherzigkeit von der Strafe weisen.

Vorteilhaft fällt an den Zentren des amerikanischen Geschäftsverkehrs der Umstand auf, daß die Straßenbahn fast völlig fehlt. Es gibt dieses Verkehrsmittel in amerikanischen Städten nur an der Peripherie, und die Schienenstränge führen nur so weit in das Stadtimere hinein, als der Massenverkehr noch nicht in die Erscheinung tritt. Im eigentlichen Stadtgebiet wird die Straßenbahn, die nach amerikanischer Ansicht lediglich noch in den Vororten eine Existenzberechtigung hat, vom Autobus abgelöst. Im Uebereinstimmung mit der Ansicht, daß die Straßenbahn allmählich und so bald als möglich aus dem Berliner Straßenbild zu verschwinden habe, vertritt auch Polizeidirektor Wöste die Ansicht, daß die Straßenbahn keine Verkehrsleistung, sondern ein Verkehrshindernis ist. Selbstverständlich kann ein derart ausgestaltetes Verkehrsmittel, wie es die Straßenbahn ist, nicht ohne weiteres zum alten Eisen geworfen werden. Es ist aber sehr wohl möglich, daß ein allmählicher Uebergang zur Omnibuswirtschaft vorgenommen wird. Die New Yorker Omnibusse sind allerdings anders gebaut als diejenigen, die in Berlin bekannt sind; sie sind breiter und größer — man darf ruhig sagen: besser — gebaut und haben beispielsweise auf dem Verbed vier — statt zwei — Sitzreihen, so daß sie eine ungleich größere Anzahl von Fahrgästen aufnehmen können.

Ein Hauptunterschied zwischen dem Verkehr in Berlin und dem beispielsweise von New York ist der, daß das amerikanische Publikum erheblich disziplinierter ist als das deutsche. Die Erziehung zum Verkehr wird systematisch betrieben, und sogar die amerikanischen Schulen halten täglich zehn Minuten Verkehrsunterricht ab. Das Hand-in-Hand-Arbeiten der New Yorker Verkehrsinstitutionen ermöglicht zugleich ein völlig reibungsloses Zusammenarbeiten mit den Fahrgästen.

Die „un glaubliche Gartenbeschreibung“. Paul Heyse hatte „L'Arabiata“ veröffentlicht und war mit einem Schlage ein berühmter Mann geworden. Die literarische Welt wartete mit Spannung auf das nächste Werk des jungen Dichters. Am meisten gespannt war Heyse's Verleger, der Berliner Buchhändler Herr. Eines Tages erschien Paul Heyse und überreichte ihm feierlich die ersten Bogen seines neuen Romans. Herr nahm das Manuskript freudig entgegen und vertiefte sich in die Lektüre. Als Heyse nach einigen Tagen wieder vorsprach, war Herr etwas verlegen. Er sagte sich aber rasch und sagte dem jungen Dichter mit berlinerischem Freimut: „Mein lieber Heyse, ich habe das erste Kapitel gelesen; aber es hat mich Ueberwindung genug gekostet. Nehmen Sie mir es nicht übel, aber etwas Langweiligeres ist mir in meinem Leben noch nicht vorgekommen. Sagen Sie mir bloß, wie kommen Sie zu dieser ungläublichen Gartenbeschreibung, die beinahe das ganze erste Kapitel füllt? Wen soll das interessieren? Wer soll das lesen?“ — Mit komischer Bergeistung fügte er hinzu: „Und ich soll das drucken?“ — „Rein“, erwiderte Paul Heyse, „das sollen Sie nicht. Sie haben es nämlich schon gedruckt. Sie sind das Opfer einer Wette geworden, mein lieber Herr. Was Sie in den Händen halten, sind die „Wahlverwandtschaften“ von Goethe.“

Der Ursprung der Briefkästen. Die Briefkästen, die sich heute auf jedem Dorf befinden, haben eine merkwürdige Entstehungsgeschichte, auf die in einem italienischen Blatt hingewiesen wird. Im 16. Jahrhundert brachten die Behörden in Florenz in den Kirchen hölzerne Kästen an, in denen sich ein Spalt befand. Diese Kästen waren zur Aufnahme von anonymen Anzeigen bestimmt, durch die sich die gefährdete Regierung gegen irgendwelche Umstürze und Verbrechen sichern wollte. Die Kästen führten den Namen „Lamburri“. Nur die Mitglieder der Regierung besaßen dazu den Schlüssel und nahmen von Zeit zu Zeit die eingelaufenen Denunziationen heraus, um Nachforschungen zu halten. Man wollte auf diese Weise die Republik schützen, und die Lamburri sollten allen Aufzählern zur Warnung dienen, daß die Regierung stets wachsam sei. Die Kästen erhielten sich in Florenz lange Zeit. Aber, als ihre ursprüngliche Benutzung in Vergessenheit geriet, war und das Postwesen sich allmählich entwickelte, da stecten die Briefträger die Briefe für die Geistlichen in diese Behälter in den Kirchen, und diese praktische Verwendung bürgerte sich allmählich ein. Die Lamburri wurden an den Postanstalten angebracht, und so entstanden die Briefkästen, die dann mit der Entwicklung der Post ihren Siegeszug durch die ganze Welt antraten.

Besuchet das „Haus der Arbeit“.

Ausstellung Auffig 1924.

Volkswirtschaft.

Der Generalstreik in Oberschlesien.

Rücksichtslos haben die Unternehmer im stillen Verein mit der polnischen Regierung den Jehnstantentag in Oberschlesien dekretiert, nachdem die übrigen Industriegebiete faktisch bereits über den Jehnstantentag hinaus auf Grundlage des Akkordsystems arbeiten. Polen war nach dem Zusammenbruch, als die Sozialisten — die anderen Parteien wagten ja nicht, sich zur Republik zu bekennen und hofften mehr oder weniger auf ein polnisches Krolstwo — die Regierung übernehmen, einer der ersten Staaten, die den Jehnstantentag einführt. Nach der Niederlage der Arbeiter Deutschlands kommt Polens Proletariat an die Reihe. Waren für Deutschlands Kapitalisten die Reparationsleistungen ein Vorwand, um den Jehnstantentag einzuführen, so bildet für das internationale Kapital, das heutzutage Oberschlesien ausbeutet, die deutsche Konkurrenz die Begründung, warum der Jehnstantentag eingeführt werden soll. — An diesem Kampf ist deutlich zu erkennen, wie die Niederlagen des Proletariates eines Landes rückwärts auf die Lebenshaltung der Arbeiter eines anderen Staates. Die Unternehmer haben aber den Jehnstantentag nicht eingeführt, weil zu wenig produziert wurde, Oberschlesien erstickt an der geförderten Kohle, sie haben durch die Einführung des Jehnstantentages die Produktion auf Kosten der Arbeiter verbilligen wollen und zu diesem Zwecke haben sie eine 20—30 prozentige Lohnreduktion durchgeführt. Die Arbeiter, die unter dem Druck der Regierung den Jehnstantentag annehmen, drohen mit dem Generalstreik, die Unternehmer mit der Generalaussperrung. So tobt nun der wirtschaftliche Kampf und es ist bezeichnend, daß es gerade die Regierung ist, die diesem Ringen einen politischen Stempel aufdrücken will, indem sie in der brutalsten Weise gegen die Arbeiter, insbesondere aber gegen die Kommunisten, vorgeht. Sicher ist daß die Lage der Arbeiter ungemein schwierig ist, da sie in verschiedene Gruppen gespalten, der Einheitlichkeit des Kampfes entbehren, andererseits gerade jetzt durch die sogenannte „Sanierungskrise“ die Kampflage für die Unternehmer sehr günstig ist. Interessant sind folgende Zahlen. Das französische und belgische Rheifen ist nach den Angaben der Unternehmer per Tonne um ca. 63 loty billiger als das polnische, das deutsche noch um ungefähr 42 loty billiger, als das polnische, da die Lohnkosten pro Tonne bis heute gegen 26 loty betragen, so würde, wenn auch die Arbeiter an zehn Stunden ebenso intensiv arbeiten wie in acht Stunden und dabei der Tagelohn für 10 Stunden derselbe bliebe wie der von acht Stunden, noch immer die Lohnkosten pro Tonne nur um sechseinhalb geringer würden, das polnische Eisen auf dem Weltmarkt noch immer nicht konkurrenzfähig sein. Damit ist die Begründung der Unternehmer in ihren eigenen Zahlen liegen gestraft.

Das deutsche und das polnische Beispiel beweisen, wie ungemein wichtig die internationale Regelung des Jehnstantentages und der sozialen Erzeugnisse des Proletariates ist und daß jede Aenderung, jede Niederlage des Proletariates eines Landes von einschneidenden Wirkungen für die Arbeiterschaft der anderen Staaten sein kann.

Statistik der Ausstände und Aussperrungen.

Die Sammlung der Gesetze und Verordnungen veröffentlicht haben eine Kundmachung des Statistiker der Ausstände und Aussperrungen. Mit Geltung vom 1. Jänner 1924 sind für das gesamte Gebiet der Republik alle Ausstände und Aussperrungen in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei, Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr und in den Berg- und Hüttenbetrieben statistisch zu erheben. Die Organisationen der Arbeitgeber sowie die Fachorganisationen der Arbeitnehmer sind verpflichtet, sobald sie von einem Ausstand oder einer Aussperrung erfahren, die ihre Mitglieder betrifft, hievon sofort das Statistische Staatsamt zu verständigen. Die gleiche Verpflichtung obliegt auch für ihren Wirkungsbereich den Gewerbeinspektoren und Bergbehörden erster Instanz bei den Bergbaubetrieben. Das Statistische Staatsamt stellt dann die erforderlichen Druckschriften zur Verfügung, und zwar werden ausführlichere Fragebogen für die Arbeitgeber und kürzere Fragebogen für die Arbeitnehmer ausgegeben. Die Arbeitgeber haben die Fragebogen sofort nach Beendigung des Ausstandes oder der Aussperrung dem Statistischen Staatsamt, die Berg- und Hüttenbetriebe der Bergbehörde einzusenden. Das Statistische Staatsamt ist berechtigt, Ergänzungen und Aufklärungen zu verlangen. Auch die Organisationen der Arbeitnehmer sind verpflichtet, auf Verlangen statistische Daten zu liefern und entsprechende Erhebungen zu pflegen. Für die Arbeitnehmer werden die Fragebogen durch die gewerkschaftlichen Fachorganisationen ausgefüllt. Handelt es sich um einen Ausstand oder eine Aussperrung, an der keine Fachorganisation teilgenommen hat, so obliegt die Pflicht zur Berichterstattung jenen Personen, welche durch die Ausständigen oder Aussperrten ermächtigt wurden, in ihrem Namen über den Ausstand oder die Aussperrung zu verhandeln.

Zum Kongress der Bergarbeiter-Internationale.

Wie das Organ der englischen Arbeiterpartei "Daily Herald" meldet, wird die Bergarbeiter-Föderation aus Großbritannien auf dem Montag, den 4. August, beginnenden Prager Kongresse die Forderung stellen, daß die Arbeitszeit der Bergarbeiter in allen Ländern nach jenem Lande bestimmt werde, in der sie am günstigsten für die Bergarbeiter geregelt ist. Die belgischen Bergarbeiter werden den Antrag stellen, es möge in allen Ländern eine Aktion eingeleitet werden, daß entweder durch ein Gesetz oder durch Kollektivvertrag *Minimallöhne* erzielt werden, die stets nach den Preisen der Lebensbedürfnisse geregelt werden sollen. Die Frage einer gemeinsamen Aktion im Falle eines Krieges wird von den englischen und französischen Bergarbeitern vorgebracht werden. Die englischen Vertreter werden den Antrag auf Einberufung eines internationalen Ausschusses stellen, der die Art der Aktion bestimmen soll, die im Falle einer Kriegserklärung unternommen werden soll. Die französischen gehen weiter und beantragen, der Kongress möge dem internationalen Ausschuss die Vollmacht erteilen, daß dieser einen passenden Tag bestimme, an dem in allen Ländern gleichzeitig ein 24stündiger Streik als Warnung gegen die Möglichkeit eines neuen Krieges durchgeführt werden soll. Der Streik soll den Willen der Bergarbeiter bekunden, im Falle eines Krieges eine energische Antikriegsaktion zu unternehmen.

Ein internationaler Kongress für Sozialpolitik in Prag. Die Internationale Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz in Geis beruft auf den 2. bis 5. eventuell 6. Oktober 1924 einen internationalen Kongress für Sozialpolitik nach Prag ein. Auf dem Programm steht einerseits die Prüfung der internationalen Lage Darlegung der allgemeinen Grundsätze der neuen Sozialpolitik, und zwar sticht die soziale Folgen des Achtstundentages, das Mitspracherecht an der Geschäftsführung und die Verpflichtungen der Gesellschaften mit Rücksicht auf die Arbeitskräfte. Für jede dieser Fragen werden nationale und internationale Berichte vorgelegt. Eine große Zahl namhafter Sozialpolitikler aus allen europäischen Staaten werden Beisitzer oder Redner sein.

Aus der Glasindustrie. Die Beschäftigung in der Hohlglasindustrie hat sich in den letzten Monaten etwas günstiger gestaltet, ein schwacher Geschäftsgang ist nur noch in Beleuchtungsleuchten zu verzeichnen. In den letzten Tagen fanden Lohnverhandlungen mit den Tafelglasfabriken statt, die zu einer Änderung des Kollektivvertrages in der Weise geführt haben, daß die Löhne um 15 bis 20 Prozent mit Gültigkeit bis Ende Oktober erhöht wurden. Die Lohnerhöhung wird aber keinen Einfluß auf die Tafelglaspreise haben.

Lohnbewegung der Bauarbeiter im Ostrauer Gebiet. Donnerstag fanden in Mähr.-Ostau Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bauarbeiter und der Bauunternehmer über einen neuen Kollektivvertrag statt. Die Vertreter der beiden Bauarbeitergruppen, der sozialdemokratischen sowie der kommunistischen verlangten Verlängerung des bisherigen Lohnvertrages der kommunistischen Bauarbeiterorganisation bis zum 1. Mai 1925 bei gleichzeitiger Erhöhung von Löhnen um 10 Prozent. Die Arbeitgeber erklärten sich zur Verlängerung des Kollektivvertrages bereit, lehnten jedoch die verlangte Lohnerhöhung ab, nachdem dieselbe eine Ueberschreitung der Kostenvoranschläge der im Bau begriffenen Bauten mit sich bringen würde. Nachdem beide Parteien auf ihrem Standpunkt beharrten, wurden die Verhandlungen ergebnislos vertagt und werden erst im Laufe nächster Woche wieder aufgenommen.

Ein deutsch-tschechoslowakisches Wirtschaftsabkommen. Die seit 15. Juli im Gange befindlichen deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen über eine Anzahl von Wirtschaftsfragen haben zur Unterzeichnung eines Protokolles geführt, in dem beide Regierungen sich gegenseitig hinsichtlich der Einfuhr einer Anzahl von Waren Erleichterungen zugesprochen. Das Abkommen tritt am 7. August in Kraft. Das unterfertigte Protokoll umfaßt 160 Punkte, die das Bewilligungsverfahren betreffen. — Zu dem Wirtschaftsabkommen wird in Berlin mitgeteilt, daß man davon eine schnelle Entwicklung des Verhandlungsprozesses tschechischer Rohstoffe in Deutschland erwartet. Durch den Meistbegünstigungsparagrafen soll Deutschland außerdem Chemikalien, Farbstoffe, Baumaterial und Maschinen liefern. Es handelt sich bei den letzten beiden Erzeugnissen vor allem um Material zur Modernisierung der tschechischen Eisenbahnen. Anschließend an die Unterzeichnung dieses Vorvertrages wird in die Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen eingetreten, das durch ältere Verträge mit anderen Ländern, außerdem auch durch einige Bestimmungen des Verfallener Vertrages ersichert wird, die der Tschechoslowakei auch ohne Gegenverpflichtungen Vorteile einräumen.

Die Schwierigkeiten des Arsenalbetriebes. Das große gemeinwirtschaftliche Unternehmen, die Oesterreichischen Werke, waren in den letzten Wochen infolge der ungünstigen Wirtschaftslage zu einem durchgreifenden Betriebsabbau genötigt. Die Leitung des Unternehmens hat seit ungefähr

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen

liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, KL. Wasser.

sechs Wochen den Arbeiterstand fast auf die Hälfte, von 1500 auf etwas über 800, herabgesetzt. Nun sah sich die Geschäftsleitung auch veranlaßt, den Beamtenstand dem verkleinerten Betriebsumfang anzupassen und nach auch hier einen durchgreifenden Abbau vorzunehmen. Es wurden deshalb in den letzten Tagen sämtliche Beamte gekündigt, wobei aber, wie mitgeteilt wird, von vornherein beabsichtigt ist, einen Stab der bestqualifizierten Beamten auszuwählen und zu behalten. Im Arsenal sind gegenwärtig 360 Beamte beschäftigt, wogegen man nach den bestehenden Plänen endgültig nur 135 Beamte behalten will. Mit diesem verkleinerten Beamtenstand und den gegenwärtig beschäftigten 800 Arbeitern denkt man, den Betrieb aufrechtzuerhalten zu können. Die Oesterreichischen Werke haben ihre Kreditverhandlungen mit einer Wiener Großbank mit positivem Erfolge abgeschlossen und einen größeren Betriebskredit erhalten. Dadurch gewinnt die Bank jenen kontrollierenden Einfluß auf die Geschäftsführung des Arsenal, den die Banken gewöhnlich in den Industrien ausüben, an welchen sie finanziell interessiert sind. Die Bank wird auch einen oder zwei Vertreter in die Aufsichtsratsversammlung und einen Delegierten in den ständigen Ausschuss entsenden. Der ständige Ausschuss besteht derzeit aus drei Vertretern des Staates (Präsident Wimmer, Sektionschef Bergmann, Ministerialrat Kühnel) und dem Nationalrat Domes, der Obmann des Metallarbeiterverbandes ist.

Große Arbeitslosigkeit auch in Ungarn. Die Arbeitslosigkeit in Ungarn nimmt von Tag zu Tag zu. Einige Fabriken haben die Arbeitswoche bereits auf drei Arbeitstage herabgesetzt. In der Holzindustrie sind gegenwärtig 2,6 Prozent, in der Fleischindustrie 11,4 Prozent, in der graphischen Industrie 30,1 Prozent arbeitslos. Wie die Blätter melden, wird das Parlament einberufen werden, um sich mit der Arbeitslosenfrage zu befassen.

Stilllegung des rheinischen Baugewerbes. Seit einigen Tagen sind in rheinischen Baugewerbe alle Arbeiten stillgelegt. An der Streikbewegung beteiligen sich auch die christlichen Bauarbeiter und Zimmerer.

Kunst und Wissen.

Ensemble-Gastspiel des Berliner Intimen Theaters in der Kleinen Bühne. Wir haben die Qualität der zur Aufführung gelangenden Einakter "Der Herr mit der grünen Krawatte" von Aweritschenko, "Diplomat im Dienste" und "Besuch im Bette" von Bennewal bereits kurz charakterisiert, um klarzulegen, daß derartige mit dem Begriffe "dramatische Kunst" nichts und mit dem der "Schauspielkunst" wenig gemeinsam hat. Sämtliche Einakter sind kurze Sketche, die Entlohnungsgeltern, hier durch einen Rebolter, dort durch die Absicht, diplomatische Akten zu stehlen, zuletzt durch etwas nachdrückliche Schwächelei bewirkt, zur Grundlage haben. Der Beifall des gut besuchten Hauses hatte mit einigem Bischen zu kämpfen. — Ge spielt wurde, abgesehen von dem an der zweiten Stelle erwähnten Einakter, der ein wenig sadistisch sein soll und recht einseitig ist, mächtig. Unter den Darstellern gelief und neben Direktor S e p p h e r H r. A u e n und die Darstellerin eines richtigen Berliner "Trampels".

Burgtheatergastspiele in böhmischen Städten. Wie die Wiener "Stunde" meldet, wird ein Ensemble des Burgtheaters, dem Hilde Wagener, Hans Zimig, Marr, Schmide, Weitzelle und Moser angehören, Hermann Bahrs "Kinder" in einigen Städten der Tschechoslowakei aufzuführen. Die Reiseroute des Ensembles lautet: 6. August Eger, 7. Karlsbad (wo Präsident Masaryk der Vorstellung beizuwohnen dürfte), 8. Tepliz-Schönau, 9. Reichenberg (zur Eröffnung der Messe), 10. Gablung, 11. Leitmeritz, 12. Brüx, 13. Saaz. Für den 14. August verhandelt die "Guta", die das Gastspiel entriert, mit einem tschechischen Privattheater in Prag. Sollten diese Verhandlungen zu einem Abschluß kommen, und sie stehen nicht ungünstig, so wäre es das erste Mal, daß ein deutsches Gastspiel in einem tschechischen Prager Theater stattfindet.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein "Die Naturfreunde", Ortsgruppe Prag II. Fliegerobso nam. 4. Nach Karlsbad zum Arbeiter-Bundesturafest haben sich bereits genügend Teilnehmer angemeldet, so daß also bestimmt gefahren wird; für die Teilnehmer ermäßigte Fahrt hin und zurück Ks 50.—, Quartiere sind bereits besorgt; weitere Anmeldungen bis Dienstag. Abfahrt Samstag, den 9. August um 12.55 Ma-B.Hf., Rückkehr Sonntag um 12 Uhr nachs. Führung: Strnad. Es können auch Nichtmitglieder an dieser Fahrt teilnehmen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Eger und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiehnert.
Druck: Deutsche Zeitungs- u. G. Prag
Für den Druck verantwortlich: O. Polka.

Turnen und Sport.

Die Vorbereiten in Karlsbad.

Am Karlsbader Rennplatz geht es jetzt hinterbunt zu, es muß in der kurzen Zeit eine Riesenarbeit geleistet werden.

Leider waren die ersten drei Arbeitstage verregnet, so daß nun unso emfänger geschafft werden muß.

Neben dem Wasserpavillon, dem Lebensmittelmagazin und den acht Küchenbaracken sind eine große Zahl Wirtschaftsbuden und viele andere Bauarbeiten herzustellen.

Die auswärtigen Festgäste werden in 30 Sonberzigen, die zum großen Teil bereits Samstag einlaufen, ankommen.

Die Unterbringung erfolgt in Massenquartieren (Schulen und anderen Räumen); der Quartierausfluß hat da noch ein schweres Stück Arbeit zu vollenden.

Die Kinder bekommen Privatrequartiere. Die Massenausweisung und Bewirtschaftung des Festes erfolgt durch die Konsumvereine Chodan und Atroplan.

Die Anmeldungen zum Fest und zu den Turnübungen entsprechen den Erwartungen vorauf.

Neben den Massenveranstaltungen wird die Leichtathletik einen großen Raum einnehmen. Unsere Sportler werden aber alles anbieten müssen, um in Ehren zu bestehen, denn die Reichsdeutschen schicken ihre besten Männer. So wird unter anderen bei den Langstreckenläufen zu 5000 und 10.000 Meter der bekantete Läufer Wagner (Schwarz) starten.

Aber auch Massenübungen werden und die Reichsdeutschen zeigen, so: allgemeine Freiübungen, Radübungen der tschechischen Sportler, Reulenschwingen der tschechischen Turnerinnen usw.

Unsere Schwimmer, denen der Samstag gehört, werden ebenfalls scharfe Konkurrenz haben.

Den Fußballfreunden winkt vielerlei: acht Wettspiele erstklassiger reichsdeutscher mit unseren besten Mannschaften.

Der Festzug wird in fünf Straßen aufgestellt und bewegt sich entlang der Tepl bis zum Hotel Bupp und zurück.

Am Samstagabend findet auf dem Festplatz ein großer Kommerz im Freien statt, außerdem Kommerze in verschiedenen Sälen.

Sonntag, 9 Uhr abends, festliche Beleuchtung des Sprudels, ferner wird als Nachvorstellung im Stadttheater Toller's "Hinkemann" gegeben.

Das Fest findet am Montag mit der Siegerverkleidung seinen Abschluß.

Am Festplatz ist ein Postamt mit eigenem Stempel "I. Bundesturnfest", weiters eine Fahrkartenausgabe für die fahrplanmäßigen Züge aller Bahnstrecken eingerichtet worden.

Ein Preisfoto sorgt für schnelle Berichterstattung der Presse.

Die Festauschüsse haben sich bemüht, alles auf das Beste vorzubereiten. Möge die Arbeiterschaft den Festtag der freien Turner zu dem ihren machen. Frei Heil!

Fußball am Bundesturnfest. In Karlsbad werden neben den Turnern auch unsere Fußballer auftreten, um durch Austragung von Propagandaspielen neue Anhänger dem Arbeitersport zu gewinnen. Vielen sportliebenden Arbeitern wird bis zur Stunde noch unbekannt sein, welche enorme Spielfärke die Arbeitersportbewegung in Nordböhmen aufzuweisen hat, und unter welchen mißlichen Verhältnissen es möglich war, zu jener Höhe sich emporzuarbeiten. Die Propagandaspiele sollen den Arbeitern zeigen, daß auch sie mithelfen sollen, die Bewegung weiter aufzubauen und sie zu einem tatkräftigen Faktor in der Arbeiterbewegung zu gestalten. Neben unseren heimischen Mannschaften (freilich nur ein kleiner Bruchteil der ganzen Sportbewegung) begrüßen wir acht erstklassige reichsdeutsche Präderevereine, deren Spielfärke und Können allgemein anerkannt werden muß. Von unseren Fußballriege wurde eine gute Auslosung vorgenommen, so daß schon heute mit vorzüglichem Sport gerechnet werden kann. Der Reigen der Fußballspiele beginnt am Samstag, den 9. August auf dem Sportplatz Meierhöfen, beim Festplatz: Fußballklub Follenstein gegen 1. Bezirk (Aussig). Anstoß 5 Uhr nachmittags. — Sportklub Rodewisch gegen 6. Kreis Follenau (Kreiself) Anstoß halb 7 Uhr nachmittags. Sportplatz K.A. in Fischern: Arbeitersportklub Roberstein gegen "Schwalbe" Sobrusan. Anstoß 5 Uhr nachmittags. — "Sportlust" Aue gegen "Stern" Bohanten. Anstoß halb 7 Uhr nachmittags. — Den Höhepunkt bilden die Treffen am Sonntag: Leipzig 07 gegen "Stern" Bohanten und Stadtteuf Leipzig gegen Kreiself des 5. Kreises. Statt der Kreiself stellt der 5. Kreis seinen Kreismeister "Gleichheit" Weiskirchli, der derzeit in glänzender Verfassung ist, und auf seinem heurigen Pfingstturnee in Hamburg gegen den norddeutschen Meister Altona-Hamburg trotz Verletzung zweier Spieler ein 4:4 erzielen konnte. Neben diesen zwei Spielen, die das Hauptinteresse des Publikums finden werden, ist das Vormittagstreffen 1. Bezirk Aussig gegen Bezirksklub Rieca besonders hervorzuheben. Die Bezirksbesten gegeneinander. Vor diesem Spiele "Frisch auf, Rhodendorf" gegen Donhof, Mähren: Zwei erstklassige Vereine, die einander einen hartnäckigen Kampf liefern werden.

Alle Vereine des 1., 2. und 6. Bezirkes vom 5. Kreise werden aufmerksam gemacht, daß sie sich Festkarten, Festabzeichen, Verpflegskarten, Quartierkarten für Massen- und Privatquartiere bei ihren Bezirksleitungen bis längstens Donnerstag abend abholen haben. Zugesandt wird für die Vereine dieser drei Bezirke von seiten des Festauschusses nichts. Also, Genossen, pünktlich abholen!

Piering-Seni u. Essig
ist der beste!
zu haben in allen Konsum-Vereinen

Genossen!
Kauft nur bei jenen Birten ein, welche den **"Sozialdemokrat"** abonnieren und in ihren Lokalen ausfliegen haben.

Erfolg
hat stets Inzerieren!

BERSON
GUMMI-ABSATZE UND SOHLEN
TRAGET

Kochendes Wasser + **Kimi** = ausgezeichnete Pindsuppe

Wir suchen
einen intelligenten, seit Jahren in der Partei tätigen Genossen mit nachweisbarer journalistischer Praxis, stenographiefundig, als **Umbruch-Redakteur**
ab 1. September 1924. Gest. Offerte mit Gehaltsanforderungen und genauer Angabe der bisherigen Tätigkeit an die Verwaltung des Blattes.

Verlangen Sie die führenden amerikanischen **Schweine-Schmalzmarken** und schönsten Speckschnitte **"Apec" und "Morrell"**
1201 Vertreter für die Oechoslowakei: **Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.**
Drahtanschrift "Rostra". Telefon 667.
Werbet bei jeder Gelegenheit für **"Sozialdemokrat"!**